

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzverhältnissen ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bittoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegramm-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Warum Arbeitszeitverkürzung an der Ruhr?

P. Z. Unser Verband hat die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens für den Ruhrbergbau beschlossen. Im Tarifvertrag ist bekanntlich die Arbeitszeit unter Tage auf sieben und über Tage auf acht Stunden festgesetzt. Das durch Zwangsschiedspruch geschaffene Mehrarbeitsabkommen verlängert die Schichtzeit unter Tage auf acht und über Tage bis auf zehn Stunden.

Das Bemühen unseres Verbandes geht nun schon seit Jahren dahin, die im Tarifvertrag festgesetzte Schichtzeit zur Einführung zu bringen. Das kann nur dadurch geschehen, daß das Mehrarbeitsabkommen beseitigt wird.

Grundsätzlich also erstreben wir eine Schichtzeit von sieben Stunden für die Untertagearbeiter und von acht Stunden für die Ubertagearbeiter.

Nichts ist berechtigter als eine solche Forderung. Schon die einfachste Logik dem Bergmann gegenüber würde ihre Erfüllung gebieten. Es ist nun einmal so, daß die Bergarbeit, besonders unter Tage, als die schwerste und dazu noch die unangenehmste gesellschaftliche Arbeitsleistung gewertet werden muß.

Und wenn die Arbeitszeit allgemein schon über Tage acht Stunden beträgt, dann muß man dem Bergmann unter Tage die Siebenstundenschicht zubilligen. Das ist das einzige Mittel, das ihm die Sonderleiden seines Berufes einigermaßen entschädigt und auch erträglich erscheinen läßt.

Das gleiche gilt auch für die Ubertagearbeiter insoweit, als man doch ausgerechnet nicht auf der Zehne länger als acht Stunden Schichtzeit dulden sollte.

Man wendet nun ein, daß die Wirtschaftlichkeit des Ruhrbergbaues eine Erfüllung unserer Forderung nicht verträge. Heute schon bestünden diesbezüglich große Schwierigkeiten. Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibenden Löhnen würde dieselben nur vermehren. Das Resultat wäre weitere Verschlechterung, Betriebseinschränkung und Betriebsstilllegung. Für die Bergarbeiter hieße das: Entlassung bzw. Feierschichten.

Das hört sich theoretisch sehr klug an. In der Praxis aber dürfte es doch etwas anders sein.

Erstens glauben wir nicht an die schlechte Wirtschaftlichkeit des Ruhrbergbaues. Wenigstens nicht im betriebswirtschaftlichen Sinne. Volkswirtschaftlich mag das vielleicht anders aussehen. Massenentlassungen und Feierschichten sind gewiß schlechte Symptome in einem Wirtschaftszweig. Aber immer nur von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus gesehen. Sie können auch schlecht sein vom betriebswirtschaftlichen, müssen es aber nicht.

Arbeiterentlassungen und Feierschichten können auch Abwehrmaßnahmen sein gegen erst drohende betriebswirtschaftliche Verschlechterung. Und im Ruhrbergbau sind diese Erscheinungen nur Abwehrmaßnahmen. Betriebswirtschaftlich gesehen ist der Ruhrbergbau völlig gesund.

Wir stehen also auf dem Standpunkt, daß der Ruhrbergbau die ganzen Krisenopfer auf die Arbeiter abwälzt. Das geschieht einmal durch Massenentlassung und Feierschichten und soll zum anderen ergänzt werden durch Lohnabbau.

Das erstere zu verhindern haben wir leider so gut wie gar keinen Einfluß. Und das letztere abzuwehren wird auf die Dauer ebenfalls alle Mühe kosten. Zumal man weiß, daß regierungseitig solche Maßnahmen gegenwärtig wenigstens grundsätzlich keine Ablehnung erfahren.

Hier können wir als Arbeiterorganisation nicht nur zusehen, wie die Sache treibt. Wir müssen zum Angriff übergehen, zum Angriff auf die Unternehmer, um ihnen ihren Teil der Krisenopfer aufzuzwingen.

Sie sichern sich durch Arbeiterentlassung und Feierschichten auf der einen Seite ihre hohen Gewinne auf Kosten der Arbeiterschaft. Die Gerechtigkeit verlangt, daß sie dann auf der anderen Seite die verbleibende Arbeiterschaft an den so gesicherten hohen Gewinnen teilnehmen lassen.

Wir haben das einmal zu erreichen versucht durch Forderung auf Lohnerhöhung. Sie ist durch den gescheiterten Schiedspruch illusorisch gemacht. Wir versuchen es jetzt aufs neue durch unsere Forderung auf Arbeitszeitverkürzung.

Wir heißen und lassen uns dabei auch von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten. Lohnerhöhung — die wir im Ruhrbergbau für durchaus tragbar hielten und noch halten — stärkt die Kaufkraft und dient zur

Belebung der Wirtschaft. Und Arbeitszeitverkürzung schafft wieder für Arbeitslose neue Arbeitsmöglichkeit.

Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung also bieten die einzige Möglichkeit, den Schlag der Zechenbesitzer zu parieren, die durch Arbeiterentlassung und Feierschichten ihre hohen Profite auch in der Krise sichern und dem Ruhrbergmann die ganzen Krisenopfer aufladen wollen.

Die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens ist also für uns eine sachlich gebotene und nicht eine taktische Maßnahme. Das letztere glaubte man im bürgerlichen Blätterwalde annehmen zu dürfen. Man glaubte, wir wollten lediglich die Forderung auf Lohnabbau parieren. Das ist ein großer Irrtum.

Die Forderung der Unternehmer auf Lohnabbau war und ist sachlich unbegründbar und einseitig reaktionär sowie unwirtschaftlich. Unsere Forderung auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung ist betriebswirtschaftlich durchaus tragbar und volkswirtschaftlich geradezu geboten.

Streiten läßt sich vielleicht über das zulässige und betriebswirtschaftlich tragbare Ausmaß einer Arbeitszeitverkürzung. Nicht aber über die Frage jeglicher Verkürzung. Nur Böswilligkeit kann die Unmöglichkeit jeglicher Arbeitszeitverkürzung im Ruhrbergbau behaupten.

In erster Linie erstreben wir natürlich eine Arbeitszeitverkürzung für unter Tage. Und gerade hierfür dürfte man mit dem stärksten Widerstand der Unternehmer rechnen müssen. Aber das wird ja nie anders werden. Ob Krise oder Hochkonjunktur — eine Arbeitszeitverkürzung unter Tage ist für die deutschen Zechenbesitzer immer untragbar.

Daß dieser Standpunkt der Unternehmer wirklich mit Recht als verkehrt bezeichnet werden kann, hat die Regierung ja schon selbst bewiesen. Und zwar in Genj. Dort ist der deutsche Regierungsvertreter für eine „vorläufige“ Kürzung der Arbeitszeit unter Tage auf 7½ Stunden eingetreten.

Also grundsätzlich ist somit schon die Möglichkeit einer gewissen Kürzung anerkannt. Man verweise diese Tatsache nicht mit dem Einwand, daß das nur im Hinblick auf eine gemeinsame internationale Maßnahme geschah.

Das mag nämlich an sich richtig sein. Das besagt aber nicht, daß nur in internationaler Übereinkunft eine Arbeitszeitverkürzung möglich sei.

Auch England hat ja jetzt wieder eine gewisse Verkürzung der Schichtzeit im Bergbau vorgenommen. Gewiß, es hatte auch bisher zum Teil eine längere Schichtzeit als wir. Aber es gibt ja auch Kohlenländer, die schon längst eine kürzere Schichtzeit im Bergbau haben als Deutschland. Selbst das Saargebiet, das wir doch befreien wollen von der Fremdherrschaft, kennt nur eine sieben einhalb stündige Schichtzeit. (Siehe zu dieser ganzen Frage „Die Bergbau-Industrie“ Seite 171/1930.)

Anderer Staaten wiederum haben wenigstens am Sonnabend eine kürzere Schichtzeit als acht Stunden. Das läßt doch wenigstens den guten Willen erkennen, den Bergarbeitern etwas für ihre Sonderleiden entgegenzukommen.

Und in Deutschland — nichts! Immer nur dasselbe sture: Unmöglich! Hier muß eine Bresche geschlagen werden. Was in unseren Kräften steht, werden wir dazu beitragen.

♦ ♦

Ueber Tage sieht es eigentlich noch schlimmer aus. **Im ganzen europäischen Bergbau wird nur noch in Deutschland über Tage länger als acht Stunden gearbeitet!** Diese Tatsache ist durch nichts stichhaltig zu begründen.

Die Eigenart des Zechenbetriebes ist sich im Steinkohlenbergbau überall gleich. Die deutschen Ruhrkohlenmagnaten können sich nicht auf etwaige Sonderverhältnisse im Ruhrbergbau berufen. Interessant ist ja, daß diese lange Schichtzeit bis zu zehn Stunden im ganzen deutschen Bergbau über Tage besteht.

Nur das Saargebiet unter französischer Herrschaft macht auch hier eine Ausnahme. Dort hat man über Tage eine wöchentliche Schichtzeit von 45 bis 48 Stunden.

Will jemand wirklich im Ernste behaupten, daß an dieser langen Schichtzeit in Deutschland im Ubertagebetrieb des Steinkohlenbergbaues wirtschaftliche Gründe schuld sind?

Wenn ja, dann wären wir sehr gespannt, die Begründung solcher Behauptung zu hören. Man könnte höchstens sagen, daß betriebstechnisch und betriebsorga-

nisatorisch alles darauf eingestellt sei. Das darf aber nicht als ewiges Hindernis gelten. Die Zechenbesitzer müssen eben gezwungen werden, sich umzustellen.

Bis vor kurzer Zeit hatten ja einzelne Arbeiter noch eine Schichtzeit von zwölf Stunden. Unserem Bemühen, dieselbe zu verkürzen, hat man lange Zeit genau dieselben Bedenken entgegengehalten, die man heute einer Verkürzung der zehnstündigen Schicht entgegenbringt. Als die zwölfstündige Schicht dann zwangsweise fallen mußte, ging der Gesamtbetrieb völlig unberührt weiter.

Dasselbe wäre der Fall, wenn die zehnstündige Schicht über Tage fiel. Nichts würde sich störend bemerkbar machen im bisherigen Gang des Betriebes.

Es ist sogar sehr fraglich, ob damit eine finanzielle Belastung für den Betrieb verbunden sein müßte. Die Erfahrung lehrt, daß das nicht sein muß. Wir hatten schon Fälle, in denen durch solche Arbeitszeitverkürzung nicht ein Arbeiter mehr eingestellt wurde. Dies, obwohl auch dort die Unternehmer ablehnten, weil die Belastung infolge Mehreinstellung nicht tragbar sei.

Es war also reine Böswilligkeit, die vorher die lange Arbeitszeit bestimmte. Im Ubertagebetrieb im Ruhrbergbau ist es genau dasselbe. Der Versuch einer Arbeitszeitverkürzung würde das bestätigen.

Und dieser Versuch muß gemacht werden. Das ist schon ein rein volkswirtschaftliches Gebot. Arbeitszeitverkürzung ist die einzige Möglichkeit, der Arbeitslosigkeit wirksam steuern zu können. Das muß schon jedem die einfachste Ueberlegung sagen.

Die Arbeits- und Produktionsleistung des einzelnen Arbeiters steigt immer mehr. Aber der Verbrauch steigt doch nicht in gleichem Maße. Bei solcher Entwicklung müssen doch Arbeiter überzählig werden. Sie in Arbeit halten zu können, gibt es doch nur den einen Weg, die Arbeitszeit zu verkürzen.

Wir wissen, daß sich das nicht auf einmal in genügendem Maße durchführen läßt. Aber die Entwicklung muß doch systematisch dahingehend beeinflußt werden. Und wenn die Menschen den redlichen Willen hätten, hier den neuen Weg zur freiwilligen Arbeitszeitverkürzung zu geben, dann müßte es auch gelingen.

Die Warenproduktion ist doch nicht nur eine Angelegenheit platten Profitstrebens. Das mag sie für den Kapitalismus sein, für die Gesellschaft allgemein aber ist sie doch auch Existenzgrundlage.

Und die steigende Arbeitslosigkeit kündigt doch den drohenden Zerfall dieser Existenzgrundlage an. Hier helfen nicht nur kühne Taten, die Opfer verlangen zur Bekämpfung der Auswüchse dieses Zerfalls, sondern es muß den Ursachen dieses Zerfalls gewehrt werden.

Und die Ursachen liegen nur in der gleichbleibenden Arbeitszeit bei stets steigender Produktivität des Arbeiters, der kein steigender Verbrauch parallel läuft.

Kann das einer leugnen? Wenn ja, dann möge er darlegen, wie er sich die Befreiung der Arbeitslosigkeit denkt.

Die Löhne noch mehr senken, damit noch weniger gekauft werden kann? Die Arbeitszeit noch mehr verlängern, damit noch mehr arbeitslos werden? Die Profite noch mehr steigern, damit noch mehr Betriebe gebaut und noch mehr Produkte auf den Markt kommen, die nicht gekauft werden können?

Nach Ansicht der Unternehmer soll es so gemacht werden. Wir sind nicht gewillt, diesen Herentanz mitzumachen. Und wir werden alles versuchen, mit unserer Politik und unseren Forderungen durchzudringen.

Wir hoffen, auch hierbei die Unterstützung und die Anerkennung einer breiten Öffentlichkeit zu finden. Sind die Gegenkräfte aber stärker, dann möge sie die Verantwortung treffen. Es wird sich dann um so schneller herausstellen, daß die Wirtschaftsweise des Privatkapitalismus überaltert ist. Nur wird dann der Weg ins Neuland viel opferreicher und schmerzlicher sein, als wenn man unserem wirtschaftspolitischen Willen beigestanden hätte.

Wer das einseht, der stelle sich rückhaltlos hinter unsere Forderung auf Arbeitszeitverkürzung, die also nicht aus taktischen Gründen erhoben wird, sondern im Bemühen sein, damit neben den Bergarbeitern auch der ganzen Volkswirtschaft zu dienen.

Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsleistung.

Der Kampf der Gewerkschaften für die Verkürzung der Arbeitszeit wird erst enden, wenn sein Ziel, im Leben des Arbeiters Raum zu schaffen für den Genuß edler und vollkommener Lebensfreude jenseits der Berufspflicht, erreicht ist. Auch in diesem Kampfe haben sich Perioden des lebhaftesten Fortschrittes ab von Zeiten ruhiger Entwicklung, Phasen der atmosphärischen Hochspannung von Perioden der Stille. Auch in diesem Ringen wechseln Erfolge und Rückschläge.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Meinungstempes der Jahre vor 1923 sowie nach dem Inkrafttreten der Dezemberverordnung stand die Frage nach der Wirkung der kürzeren Arbeitszeit auf die Arbeitsleistung. Bei diesen Auseinandersetzungen bedienten sich beide Parteien, Arbeiter wie Unternehmer, statistischer Erhebungen einzelner Betriebe über die Menge der Leistung des Wertes oder des einzelnen Arbeiters in einer bestimmten Zeiteinheit bei längerer oder kürzerer Arbeitszeit. Die Verkürzungen der Arbeitszeit wurden von der einen oder anderen Seite als Ursache für Steigerungen oder Verminderungen der Leistungsmenge angesehen. Wo mit der Verkürzung der Arbeitszeit eine Leistungssteigerung zeitlich zusammenfiel, erschien der Achtstundentag als Quelle dieses Erfolges. Sobald sich indessen zeigte, daß mit der Arbeitszeitverkürzung der Ertrag gesunken war, beschuldigten die Unternehmer den Achtstundentag der Urheberchaft an diesem Verlust. Da die Fälle der einen wie der anderen Art — nach dem Augenschein zu urteilen, denn an genauen und umfassenden Untersuchungen der Frage fehlte es — an Zahl einander gleich kamen, hob sich das Gewicht der Gründe beider Parteien in diesem Teil ihrer Beweisführung gegenseitig auf; Behauptung stand gegen Behauptung.

Meinung und Gegenmeinung.

Beweis und Gegenbeweis der streitenden Parteien gingen aus von dem frühzeitig gewonnenen und 1919 noch einmal wiederholten Lehrsatz Brentanos:

„Man hat überall beobachtet, daß die Arbeiter der Nationen mit kürzerer Arbeitszeit mehr leisten als diejenigen mit mehr Arbeitsstunden und daß innerhalb derselben Nationen Arbeiter mit regelmäßig kürzerem Arbeitstag die regelmäßig länger Arbeitenden übertreffen.“*)

Vielen Betriebserhebungen, die von der Arbeiterschaft vorgenommen wurden, lag nun das Bestreben zugrunde, die Richtigkeit dieser deutlich auf den großen Durchschnitt bezogenen Lehre am Einzelfalle darzutun, und es steht fest, daß zahlreiche Beispiele für das Zusammentreffen von Arbeitszeitverkürzungen mit Leistungssteigerungen angeführt werden konnten. Auch die Arbeitgeber machten, indem sie die ältere Schrift Brentanos aus dem Jahre 1875 erwähnten, eine Verbeugung vor der „klassischen“ Lehre des Alten,**) aber sie gingen von seiner These aus, um sie zu widerlegen und ihre Gültigkeit für die Zeit nach dem Kriege abzulehnen. Und in den Kreisen, die dem Ringen der Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum mehr oder weniger unbefangenen gegenüberstanden, wurden gleichfalls Zweifel laut über die Anwendbarkeit der These Brentanos auf die Verhältnisse unserer Zeit.

Es wurde nicht bestritten, daß das von Brentano (und anderen) festgestellte Abhängigkeitsverhältnis zwischen Arbeitsdauer und Arbeitsleistung überall dort vorhanden ist, wo der Grad der Arbeitsintensität vom Willen und Können der Arbeiter allein oder überwiegend abhängt. Indessen verbreitete sich mehr und mehr die Meinung, daß Arbeitsintensität und Leistungseffekt in seinem zunehmenden Maße von anderen Faktoren als dem individuellen Arbeitswillen und der physischen Leistungsfähigkeit der Wertschöpfenden bestimmt werden und die Höhe der Leistung in einer bestimmten Arbeitszeit immer mehr in Ab-

*) Arbeitslohn und Arbeitszeit nach dem Kriege, Jena 1919, S. 12. Zitiert bei Herz-Seidel: Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung. Berlin 1923.

**) In der gleichfalls „klassischen“ Denkschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände über „Die Arbeitszeitfrage in Deutschland“ vom Juli 1924.

hängigkeit gerät von diesen Einflüssen anderer Art. Auch die Gewerkschaften kannten und beachteten die eingetretene Veränderung der Problemstellung.

Im Korrespondenzblatt des ADGB vom Jahre 1923 wurden die von beiden Seiten, von Arbeitern wie von Arbeitgebern, getroffenen Feststellungen über die Einwirkung der Arbeitszeit auf die Arbeitsleistung einer kritischen Betrachtung unterworfen. Dort wird Klage geführt über die Unvollständigkeit dieser Feststellungen. „Oft sind beide Angaben, die des Unternehmertums wie der Arbeiterschaft, an sich richtig. Wenn sie dennoch einander widersprechen, so ist der Grund häufig darin zu suchen, daß beide Teile nur die Endzahlen bestimmter Berechnungen bekanntgeben, bei denen jedoch auf beiden Seiten verschiedene Faktoren in Rechnung gesetzt worden sind. Die Richtigkeit und Beweiskraft solcher Schlüsselsätze einer Berechnungsreihe ist aber nur bei genauer Kenntnis aller in Betracht gezogenen Berechnungsfaktoren festzustellen. Die jetzt vorliegenden Angaben sind häufig so unvollkommen, daß sich stichhaltige Beweise auf sie nicht stützen lassen, weder für die Steigerung noch für die Verminderung der Leistungen.“*) Dann wird Bezug genommen auf einzelne Veröffentlichungen der in Frage kommenden Art, um ihre Unzuverlässigkeit darzutun. In dem einen Falle fehle es an Angaben über Veränderungen der Zahl und Zusammenfassung der Belegschaft in den verglichenen Zeitperioden, im anderen Falle mangle es an Mitteilungen über die Entlohnungsmethode — Zeit- oder Akkordlohn — und deren Einfluß auf die Arbeitsleistung. Bei Untersuchungen an großen kombinierten Werken werde häufig unterlassen, die Ergebnisse der einzelnen, unter sehr verschiedenen Bedingungen arbeitenden Abteilungen getrennt zu betrachten, aber nur eine solche geforderte Untersuchung könne ein beweiskräftiges Resultat ergeben.

Damit wurde auf einige der Faktoren hingewiesen, die unabhängig von der Dauer der Arbeitszeit oder neben ihr einen bestimmenden Einfluß auf Steigerung oder Minderung der Arbeitsleistung ausüben. Wir wollen, heißt es in dem Aufsatz im Korrespondenzblatt, „nicht nur erfahren, daß eine Leistungssteigerung vorliegt, sondern wir müssen auch Kenntnis erhalten von den Mitteln, mit denen die Leistungssteigerung hervorgerufen wurde, wenn wir die Bedeutung dieser Leistungssteigerung für unsere Frage nach der Wirkung des Achtstundentages erkennen sollen.“

Seitdem ist viel Zeit vergangen. Ereignisreiche Jahre — Jahre, die namentlich ausgezeichnet sind durch entscheidende Veränderungen in den Verhältnissen des wirtschaftlichen Lebens unseres Landes, liegen zwischen der Gegenwart und den Erörterungen der Jahre 1923 und 1924. Der Kampf um die Arbeitszeit ist beendet, aber wiederum in eine neue Phase eingetreten; denn jene Veränderungen der Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands sind gleichbedeutend mit Veränderungen der Bedingungen dieses Kampfes, und auch eine Vertiefung der Einsicht in die wirtschaftlichen Wirkungen einer kürzeren oder längeren Arbeitszeit dürfte inzwischen Platz gegriffen haben. Zwischen der kritischen Wende um 1923 und 1924 und unseren Tagen liegt aber auch

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses IV.

des „Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft“ (Arbeitsleistungsausschuss), dem durch das Reichsgesetz vom 15. April 1926 die Aufgabe gestellt ist, zu untersuchen, in welcher Weise die Dauer der Arbeitszeit und die Art der Entlohnung nach den Erfahrungen der letzten Jahre auf die Arbeitsleistung eingewirkt haben — und es wäre unmöglich, die Frage der Arbeitszeit mit dem Ziel ihrer Verkürzung von neuem zu stellen, ohne die Ergebnisse der Untersuchungen des Ausschusses und die veränderten Bedingungen zu beachten, die durch die Rationalisierung der industriellen Produktion für eine Erörterung der Arbeitszeit-

*) Achtstundentag und Arbeitsleistung. Korrespondenzblatt des ADGB. 1923. Nr. 13, S. 145 ff.

frage eingetreten sind. Den Arbeiten des Ausschusses ist es vor allem zu danken, wenn, wie wir sagten, eine bessere Einsicht in die Bedeutung einer kürzeren oder längeren Arbeitszeit für den Nugeffekt der Arbeit gegeben ist.

Die Anregung zur Einsetzung des Ausschusses ging aus von jenem — in der Art, wie er geführt wurde — resultatlosen Kampfe der Meinungen über die Wirkung von Veränderungen der Arbeitszeit auf die Arbeitsleistung. Die Arbeiten des Ausschusses fanden daher ihren Zeitpunkt in den abgetretenen grundsätzlichen wichtigen Ausgangspunkt in den aufgetretenen Zweifeln darüber, ob für die Beurteilung des Verhältnisses zwischen Arbeitszeit und Arbeitsleistung die von Brentano vertretene These mit allen ihren Folgerungen noch allseitige Gültigkeit hat oder ob der Fortschritt der Arbeitsmethoden, dessen Vorhandensein offenkundig ist, Veränderungen auch in den Wechselbeziehungen zwischen Dauer der Arbeitszeit und Größe der Arbeitsleistung ergeben hat. Insofern standen die Arbeiten des Ausschusses zugleich im engsten Zusammenhange mit der Frage nach den Wirkungen der Rationalisierung für die Arbeitszeitfrage. Die Untersuchung der Wirkung des Arbeitslohnes auf das Leistungsquantum war — neben dem Einfluß der Arbeitszeitdauer — durch das Gesetz in die Aufgabe des Ausschusses einbezogen worden. Die Fragestellung, die den Arbeiten des Ausschusses zugrunde lag, dehnte sich aber unversehens und unabänderlich weiter aus auf alle Faktoren produktionsmethodischer, arbeitsphysiologischer und arbeitspsychologischer Art, die auf die Arbeitsleistung bestimmend einwirken und die Bedeutung der Länge der Arbeitszeit für die Arbeitsleistung teils überdecken, teils begleiten.

Das Resultat

Der Arbeiten des Unterausschusses entspricht dieser (nicht willkürlich gewählten, sondern den vorgeordneten Verhältnissen entnommenen) Fragestellung. Die Untersuchungen ergeben, daß die sonstigen Faktoren, die für das Maß der Arbeitsleistung, für ihre Steigerung wie für ihre Senkung, bestimmend sind, in so großer Zahl und so vielfacher Art auftreten, daß es sich bei näherem Nachforschen als unmöglich herausstellte, den Einfluß der Arbeitszeit auf das Leistungsergebnis von anderen Ursachen beobachteter Leistungsveränderungen abzusondern und isoliert zu erfassen. Der Ausschuss hat außerdem festgestellt, daß in weiten Bereichen der Industrie das Tempo der Arbeit und (somit) die Größe der Leistung während einer bestimmten Zeiteinheit in sehr hohem Maße, in vielen Fällen vollkommen durch den Gang der Maschinenbestimmungen, weshalb für die individuelle Beeinflussung der Arbeitsleistung durch Willen und Fertigkeit des Arbeiters nur noch ein geringer Raum bleibt.

Wir nehmen damit, einer besseren Uebersichtlichkeit zuliebe, das Gesamtergebnis der Arbeit des Ausschusses vorweg. Um jedoch Mißverständnissen vorzubeugen, müssen wir hinzufügen, daß unsere Angaben über dieses Gesamtergebnis nur eine in ganz allgemeinen und rohen Zügen gehaltene Darstellung der Schlussfolgerungen des Ausschusses bieten. Wir werden in weiteren Aufsätzen, in deren Reihe diesem Beitrage nur die Rolle einer allgemein orientierenden Einleitung zufällt, den Versuch zu einer eingehenden Würdigung der Feststellungen des Arbeitsleistungsausschusses unternehmen. Vorweg möchten wir jedoch über die weiteren Ergebnisse seiner Untersuchungen sagen, daß uns ihre tiefere Bedeutung gerade in dem Nachweis zu bestehen scheint, daß Art und Folge der Beziehungen zwischen Arbeitszeit und Leistungsmenge eben nicht durch eine allseitige und zu jeder Zeit gültige Formel zu bezeichnen sind. Sondern diese Wechselbeziehungen sind von Zeit zu Zeit, von Industriezweig zu Industriezweig, ja oft von Betrieb zu Betrieb einer unendlichen Variabilität unterworfen, als deren Ursachen zu betrachten sind: die Unterschiede des Arbeitsprozesses in den verschiedenen Industrien und in Werken mit besserer oder geringerer betriebstechnischer und betriebsorganisatorischer Ausrüstung sowie die starke, gleichfalls wechselnde Einwirkung der Faktoren arbeitsphysiologischer und arbeitspsychologischer Art auf die Arbeitsleistung. Darin liegt das große positive Ergebnis der Arbeiten des Unterausschusses, daß sie Art und Wirkung dieser anderen Faktoren zeigen, die außer Arbeitszeit und Arbeitslohn den Leistungseffekt bestimmen.

»Gewerkschafts-Zeitung« Nr. 36.

Salzgewinnung und Salzbergbau.

Das Salz, das wichtigste und meistverwandte unserer Gewürze, ist auf dem Erdball ungeheuer verbreitet. Es findet sich zunächst im Weltmeer, das in den offenen Ozeanen etwa 3,5 Prozent Salz enthält, die zum weitaus größten Teil aus Kochsalz bestehen. Man hat berechnet, daß das gesamte Weltmeer etwa 3051 Kubikmeilen Salz enthält, eine Riesensumme, von der die gewaltigen Salzlager im Innern der Kontinente, aus denen wir heute das meiste des von uns benötigten Salzes auf bergmännische Weise gewinnen, nur einen verschwindend kleinen Bruchteil darstellen. Die kleineren Meerbecken, die von dem Weltmeer mehr oder weniger abgeschlossen sind und überdies starken Zufluß von Süßwasserflüssen haben, wie etwa die Ostsee, haben allerdings nur einen wesentlich geringeren Salzgehalt, nur etwa 1 bis 1,5 Prozent, aufzuweisen. Andererseits aber haben einige Binnenmeere, die einstmals mit dem Weltmeer in Verbindung standen, jetzt von diesem vollständig getrennt sind, einen bedeutend höheren Salzgehalt als die Ozeane, wie etwa das Kaspische Meer, das etwa 14 Prozent Salzgehalt hat, ferner das tote Meer, das sogar einen Salzgehalt von 24 Prozent aufzuweisen hat und das salzreichste Gewässer der Erde ist; das Wasser dieses Meeres stellt eine gesättigte Salzlösung dar, in dem weder ein Fisch noch sonstiges Lebewesen zu leben vermag. Ferner befindet sich das Salz als Steppensalz im Boden der Steppen und Wüsten, das bei starker Sonnenglut ausgeschieden wird und dann gewaltige Strecken der Wüste wie ein ungeheures Schneefeld bedeckt. Des weiteren findet sich das Salz in zahlreichen Salzquellen, den Solen, deren Wasser über 5 Prozent Salz enthält.

Die wichtigsten und praktisch gebräuchlichsten Salzvorkommen sind für uns die Salzlager, die ungeheure Mengen abgelagerten Meeresalzes enthalten und in besonderer Mächtigkeit in Mitteleuropa, besonders in Deutschland, Österreich und Italien vorkommen, darunter das größte Salzvorkommen der Erde, das Salzlager bei Staßfurt, das eine Ausdehnung von vielen Tausenden von Quadratkilometern und eine Dicke bis zu 1000 Metern aufzuweisen hat. Auch der Ursprung der festen Salzlager ist der Ozean. Man nimmt heute an, daß die Landstrecken, in denen sich die Salzlager befinden, ehemals Meerbusen waren, aus denen das Meer verdunstet, wobei das Salz zurückblieb; strömte dann wieder Meerwasser zu, so wiederholte sich der Vorgang, und so lagerten sich im Laufe gewaltiger Zeiträume durch immer wiederholte Anfüllung und Verdunstung gewaltige Mengen von Salz ab, bis die Becken schließlich infolge besonderer geologischer Vorgänge vom dem Meere abgetrennt wurden und als Salzlager zurückblieben.

Entsprechend den sehr verschiedenen Arten des Vorkommens des Salzes ist auch die Salzgewinnung eine sehr verschiedene.

Die einfachste und daher wohl auch älteste Salzgewinnung ist diejenige aus dem Meer oder aus den Salzseen und besteht einfach darin, daß man das Meerwasser in flache Becken an der Küste des Meeres fließen und aus diesen durch die Einwirkung von Wind und Sonnenwärme verdunsten läßt, so daß entweder das Salz selbst oder eine starke Salzsole zurückbleibt, aus der das Mineral dann leicht herauskristallisiert werden kann. Dieser Art sind die Meerjalousien, auch Salzgärten genannt, an den Meeresküsten der heißen Länder, denn nur in solchen Ländern, wo Sonnenglut und heiße Winde die Verdunstung des Meeres genügend beschleunigen, ist das Verfahren mit Vorteil möglich. An den südlichen Küsten von Spanien, Portugal und Frankreich, im Mitteländischen Meer, an den Küsten von Syrien und Dalmatien, ferner aber auch in Arabien und auch in den Vereinigten Staaten wird auf diese Weise viel Salz gewonnen. Wir kennen einen solchen Salzgarten an der Küste des Mitteländischen Meeres. Ein solcher besteht aus einer Anzahl vierseitiger flacher Becken mit wasserundurchlässigem Tonboden, die alle miteinander in Verbindung stehen. Das Meerwasser tritt bei Flut in ein großes Sammelbecken und wird von hier aus den Salzbecken zugeführt, die es der Reihe nach langsam durchfließt. Hierbei wird bereits ein erheblicher Teil des Wassers verdunstet; die zurückbleibende und bereits stark angereicherte Sole wird dann in ein besonderes Verdampfungsbecken gepumpt, wo sich der Gips der Lösung ausscheidet, worauf der Verdunstungsprozess in einem weiteren Becken fortgesetzt wird, aus dem sich dann das Kochsalz von selbst ausscheidet. Das so gewonnene Salz wird dann von Frauen und Kindern in Körben und Mulden nach den Aufbewahrungsräumen getragen.

Besentlich anderer Art ist die Salzgewinnung in den Solen, den Salzquellen. Auch hier handelt es sich zunächst darum, das zutage tretende Salzwasser zunächst in eine konzentrierte Lösung umzuwandeln. Das geschieht durch die Gradierwerke. Ein solches besteht im wesentlichen aus einer 12 Meter hohen bis 10 Meter dicken und manchmal Hunderte von Metern langen Wand aus dichtem Schwarzdornreisig. Oberhalb der Wand ist eine große Rinne, in die das Salzwasser hineingepumpt wird; von der Rinne aus fließt das Wasser in die Dornenwand hinein und sickert in unzähligen Rinnalen und Tropfen das Dornenstrüpp entlang, wodurch ein erheblicher Teil des Wassers verdunstet und sich zugleich der Gips der Lösung an den Dornen absetzt, so daß die Sole auch zugleich gereinigt wird. Die Sole wird mehrere Male über die Gradierwand geleitet und hierbei immer mehr konzentriert, bis sie schließlich eine Konzentration von 22 bis 23 Prozent Salzgehalt erlangt hat. Diese Sole wird nunmehr in das Siedehaus, Salzfole genannt, geleitet und hier in gewaltigen Pfannen aus Eisenblech einer starken Feuerung ausgesetzt, wodurch das Wasser verdunstet und sich schließlich weißes grobkörniges Salz, das

Solfsalz, ausscheidet. Die Gradierwerke sollen in der Lombardei in Italien erfunden und schon vor etwa 500 Jahren dort zur Salzgewinnung angewandt worden sein. Von anderer Seite wird behauptet, daß die Erfindung deutschen Ursprungs sei, was aus vielen Gründen auch wahrscheinlich sein dürfte.

Jedenfalls ist das Gradieren der Salzsole schon im Jahre 1597 in Nauheim, wo heute noch ein großes Gradierwerk in Betrieb ist, angewandt worden und im Jahre 1599 wurde es durch den Arzt Meth aus Langensalza auch in Rößschau bei Merseburg eingeführt. Die heutige Gestalt der Dornenmände hat das Gradierwerk erst im Jahre 1730 durch den deutschen Bergingenieur Beust erhalten. Die Solquellen sind in Deutschland sehr zahlreich, die bekanntesten sind die von Dürrenberg, Schönebeck, Friedrichshall und Halle. Die Solquelle von Halle hat besonderes historisches Interesse. Hier sollen schon vor über 1000 Jahren, zur Zeit Karls des Großen, die Salzfledder, halloren genannt, ihr Gewerbe betrieben haben, das dann von ihren Nachkommen die Jahrhunderte hindurch fortgesetzt worden ist. Viele Privilegien sind ihnen im Laufe der Zeiten verliehen, und noch heute legen sie bei feierlichen Gelegenheiten eine besondere altertümliche bunte Tracht an, die an die ruhmvolle Vergangenheit ihres Gewerbes erinnern soll. Bemerkenswert ist, daß unser Speisesalz hauptsächlich Solfsalz ist, da dieses durch den Gradier- und Siedeprozess eine viel größere Reinheit erlangt, als das Steinsalz der meisten Salzlager besitzt.

Der größte Teil des heute gewonnenen Salzes stammt jedoch nicht aus den Solquellen, sondern ist Steinsalz, das in den Salzbergwerken gewonnen wird, welche die gewaltigen Salzlager abbauen. Das Steinsalz wird in größeren und kleineren Blöcken und Steinen gebrochen und als Guss zutage gefördert. Gleichzeitig werden hierbei die fogen. Abraumalze gewonnen, so benannt, weil sie erst weggeräumt werden müssen, ehe man zum Kochsalzlager vordringen kann. Diese Abraumalze sind keine Speise- oder Futteralze, sondern Kalisalze, die früher als wertloser Abfall auf die Halde geschüttet wurden, bis man erkannte, daß sie ein hochwertiges Düngemittel darstellen, das heute in der Landwirtschaft in großen Mengen verbraucht wird und jetzt höher im Preise steht als das Steinsalz selbst. Das Steinsalz der Salzbergwerke ist zumeist nicht so rein wie das Solfsalz, enthält vielmehr zahlreiche Beimengungen, die es für den Menschen ungenießbar machen. Wohl aber ist dieses Salz ein geeignetes Viehfutter und wird überdies viel als Düngemittel, noch mehr aber als Rohmaterial für zahlreiche technische Zwecke verwendet. Nach einem neueren Verfahren kann jedoch auch aus unreinem Steinsalz ein gutes Speisesalz gewonnen werden, indem jenes umgeschmolzen und dadurch von seinen Beimengungen befreit wird.

In Deutschland werden jährlich insgesamt etwa 1 300 000 To. Steinsalz und etwa 600 000 To. Solfsalz gewonnen, in England

Stahlhelm und Braunkohle.

Finanzierung der Umkürzler durch die deutsche Industrie. — Unterschlagungen in der Landeskasse. — Die Pleite mit Judengeld verhindert. — Großer Krach unter den Führern. — Ihr Verhalten soll von Lüge und Blödsinn diktiert sein.

Die deutsche Industrie will das Chaos. Systematisch wird von ihr jede nationalistische Umsturz Bewegung gezüchtet und deren Träger unterstützt. Ob Katastrophenpolitik des Herrn Hugenberg, ob verbrecherisches Treiben der Hitlergardien, ob „Eroberungsmärkte“ der Stahlhelmsbrigaden, das bleibt sich gleich. Die Hauptsache, daß die Bewegung gegen den neuen Staat gerichtet; das genügt. Unter dieser Etikette kann man mit Sicherheit auf die Gelder der deutschen Industriellen rechnen.

Es ist natürlich weniger der neue Staat an sich, der die Unternehmer zu ihrem Handeln treibt. Sie glauben vielmehr, mit ihren politischen Söldnerheeren die Volks- und besonders die neuen Arbeiterrechte zertrümmern zu können. Das ist das eigentliche Ziel. Und dafür kaufen sie sich das ganze politische Landsknechtum.

Widerlicher aber als die Unterstützung durch die Unternehmer ist die heuchlerische Art, mit der „die Kette des Volkes“ sich in der Öffentlichkeit gebärden. Unter der Parole: „Gegen die Judenrepublik und politischen Geschäftsmacher“, versprechen sie die „Reinigung“ der Politik. Besonders dem Arbeitssolk versprechen sie, mit rettender Tat helfen zu wollen, wenn sie nur einmal die Macht hätten.

In Wirklichkeit winkeln und wedeln sie ständig bei den Industriellen und Finanziers um Gelder, mit denen sie ihre Existenz sichern können. Die Bewegung ist ihnen Geschäft. Deshalb ist ihnen auch gleich, wer Geld gibt, die Hauptsache ist, daß sie Geld bekommen. Ob Judengeld oder Christengeld; das bleibt sich gleich. Das ist nur eine Unterscheidung, die man vor den hirnlosen Nachläufern macht.

Und nur hirnlose Massen laufen diesen widerlichen politischen Geschäftsmachern nach. Hirnlose Massen und — verantwortungslose Unternehmer. Sie, die dem verbrecherischen Treiben dieser Volkserbeher ihre materielle Unterstützung leihen, üben Zuhälterdienste für die Zertrümmerung des deutschen Volkswohls.

Immer offener übt man diese Zuhälterdienste. Der Haß gegen die vorwärtstrebende Arbeiterschaft hat sie geblendet. Gerade die Diskussion über den wahren Charakter der Hitlerbewegung hat das ja am deutlichsten offenbart.

Nur hin und wieder glaubt man die Unterstützung der Umstürzbewegungen abstreiten zu sollen. So auch, als wir kürzlich die Subventionierung des Stahlhelms durch die Braunkohlenmagnaten aufdeckten. Man warf uns damals Verleumdungsabsicht vor und den Willen zur Verhehlung.

Heute sind wir in der Lage, etwas tiefer in den Korruptionsfall des Stahlhelms hineinzuleuchten. Ein Braunkohlenindustrieller selbst trägt dabei die Laterne. Herr von Wedelstaedt ist es, der seine Mitkameraden in einem Informationsorgan für Frontoffiziere darüber aufzuklären versucht, daß der mitteldeutsche Stahlhelm völlig

von Judengeld korrumpiert

sei. Wir lassen Herrn Wedelstaedt darüber selbst erzählen:

„Meine Feststellung, daß der Stahlhelm L.-W. Brandenburg beträchtliche Geldhilfen vom Juden Pelschel angenommen hat, hat den zweiten Bundesführer des Stahlhelms, Oberstleutnant Duesterberg, veranlaßt, in einem Brief vom 8. Mai an Herrn Oberst v. d. Hardt wider besseres Wissen Behauptungen aufzustellen, die als beleidigend anzuspüren waren. Meinem Vermittler ließ Herr Duesterberg am 19. Mai d. J. erklären, er lehne jeden weiteren Briefwechsel in der Angelegenheit ab und verweise auf den Weg

der Privatklage, es sei denn, daß ich mich schriftlich auf Bedingungen verpflichte, unter denen das Ehrenverfahren seinen Fortgang zu nehmen hätte.

Die Verweisung auf den Klageweg fällt ausschließlich Herrn Duesterberg zur Last; die von ihm gestellten Bedingungen für einen ehrengerichtlichen Austrag sind ebenfalls so neuzeitlich, daß sie gar nicht in Betracht gezogen werden konnten und strikter Ablehnung verfallen.

Das Verfahren an sich, welches Herr Duesterberg zur Verteidigung gegen den Vorwurf der Annahme von Judengeld in seinem Schreiben an Herrn Oberst v. d. Hardt, neuerdings auch im Führerbrief Nr. 11 vom 1. Juni 1930 angewendet hat, ist so merkwürdig, daß es festgehalten zu werden verdient, zumal es in einem ähnlichen Fall bereits analog Verwendung gefunden hat.

Herr Duesterberg versucht auf Grund eines von ihm eingeforderten Berichtes des Landesführers v. Morozowicz mich mit der Verantwortung dafür zu belasten, daß der Stahlhelm Geld vom Juden Pelschel angenommen hat, obwohl ich ihm gegenüber den Bericht Morozowicz lange vorher als unvollständig und unrichtig festgestellt und widerlegt hatte. Wenn Herr Duesterberg, wie hier, ohne eine Klärung herbeizuführen, auf Grund des von mir beanstandeten „Berichtes“ Behauptungen aufstellt, die wahrheitswidrig sind, so handelt er bewußt wider besseres Wissen und sein Verantwortungsbewußtsein steht etwa auf derselben Höhe wie das des Landesführers v. Morozowicz. Daran ändern auch Kriegserklärungen gegen Polen nichts.

Wie leichtfertig Herr Oberstleutnant Duesterberg durch Unterlassung der Aufklärung bestrittener Berichte seiner Untergebenen mit der Ehre anderer umspringt, zeigt nicht nur der hier behandelte Fall, sondern, wie oben bereits bemerkt, sein analoges Verhalten gegen Hermann den Deutschen. In letzterem hatte Hermann der Deutsche auf Grund unwidersprochener Zeitungsmeldungen behauptet, daß der politische Leiter des Stahlhelms, Dr. Heinz Brauweiler, Mitglied des Deutschen Herrenklubs, Redakteur der „Germania“ Erzbergers gewesen sei, und stand darüber im Schriftwechsel mit Herrn Duesterberg. Dieser forderte von Dr. Brauweiler eine dienstliche Erklärung, die dahin erfolgte, daß er niemals Redakteur der „Germania“ gewesen sei. Trotzdem nun H. d. D. Herrn Duesterberg eine schriftliche Erklärung der B. L. J. des Herrn Straffer vorlegte, in welcher die dienstliche Erklärung des politischen Leiters des Stahlhelms Lügen gestraft wurde, beließ es Herr Duesterberg bei der Erklärung des Dr. Brauweiler. So konnte es kommen, daß (nach dem „Börslichen Beobachter“ Nr. 129 vom 1./2. Juni 1930) Herr Straffer in Hamburg erklärte, „daß Herr Brauweiler (von der „Germania“) eine bedenkliche Rolle im Stahlhelm spielte“.

Ehe H. d. D. sich damals zu der dienstlichen Erklärung des Dr. Brauweiler äußern konnte, erschien im „Briefkasten“ des „Stahlhelms“ eine Notiz, in welcher H. d. D. unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die „Germania“-Behauptung der Lüge beschuldigt wurde. Die Klage H. d. D. gegen Dr. Brauweiler und Chefredakteur Froch endete mit einem Vergleich: Dr. Br. erklärte, daß er die Beleidigung weder verfaßt noch veranlaßt hätte, und Redakteur F. nahm die Beleidigung zurück. Dr. Br. verpflichtete sich vor Gericht am 12. Februar 1930, den Vergleich in der Stahlhelmszeitung zu veröffentlichen. All das hat H. d. D. dem zweiten Bundesführer, Duesterberg, sofort geschrieben, trotzdem ist der Vergleich heute, nach vier Monaten, noch nicht in der Stahlhelmszeitung veröffentlicht. Der schwerverwundete Frontsoldat Hermann der Deutsche bleibt also nach dem Willen des Herrn Duesterberg vor den alten Frontsoldaten im Stahlhelm weiter mit dem Makel der Lüge behaftet. Andererseits hält es Herr Oberstleutnant Duesterberg nicht für nötig, den Vorwurf

der Lüge, den ich gegen seinen Landesführer v. Morozowicz und Herr Straffer gegen den politischen Leiter des Stahlhelms, Dr. Brauweiler, erhoben hat, auch nur zu untersuchen. Solche Methoden waren im alten Heer allerdings undenkbar. Ob die Frontsoldaten im Stahlhelm damit einverstanden sind, wenn sie davon erfahren, ist allerdings höchst zweifelhaft.

Wir bleibt demnach nur übrig, zu dem „Bericht“ des Herrn v. Morozowicz und der von Herrn Duesterberg trotz schriftlicher Widerlegung weiterverbreiteten Behauptung, ich sollte die Veranlassung gewesen sein, daß der Stahlhelm Judengeld genommen hat, Stellung zu nehmen. Ich soll nach dem Brief des Herrn Duesterberg an Oberst v. d. Hardt die Verhandlungen mit den Direktoren pp. der Braunkohle „angeregt“ und mich an der Sitzung beteiligt haben. Beides ist unwahr. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender:

Als Herr v. Morozowicz — wohl 1925-26 — sein Amt als Stahlhelm-Landesführer übernahm, war die Kasse seines Landesverbandes nicht nur leer, sondern es waren gehörige Schulden da, da sein Vorgänger erhebliche Unterschlagungen begangen hatte. Nach seiner Darstellung hat v. Morozowicz durch Flüssigmachung eigenen Vermögens den arg lendenlahmer Stahlhelm Brandenburg zunächst wieder auf die Beine gebracht. Nachdem er persönlich nach seiner Meinung etwas geleistet hatte, hielt er sich für berechtigt, im Lande Umschau zu halten, um Geld flüchtig zu machen. Bei diesen Fahrten kam v. Morozowicz auch nach Raatow zum Gaufrüher des Stahlhelms, Graf Beisel, und es war dabei wohl nicht ganz zufällig, daß ich bei einem Essen in Raatow — wohl als Vertreter von Braunkohle — mit dem Landesführer zusammengebracht wurde. Der „Anfangserfolg“ konnte auch Herrn v. Morozowicz befriedigen, die ersten Nöte wurden beseitigt. Indessen war das „Ziel“ noch lange nicht erreicht, denn ein mittleres Braunkohlenwerk konnte das Geld nicht entfernt aufbringen, das der Stahlhelm schon seiner Aufmärsche, seiner Eroberung von Berlin, Hamburg, München, Düsseldorf usw. wegen brauchte. Immerhin: „man“ hatte doch jemanden, der helfen konnte und auch geholfen hat.

Es kommt nun eine Episode, die damals nicht weiter aufsiel, die aber nur für den Kenner von Zusammenhängen einer gewissen Pikanterie nicht entbehrt: Um etwas mehr Schwung in die Sache zu bringen, erschien plötzlich auf der Bildfläche Herr Regierungsassessor a. D. v. Hammacher auf Zelz bei Triebel, Mitglied des Deutschen Herrenklubs, Klubgenosse des Herrn v. Morozowicz sowie der Herren Franz Seidte, Dr. Heinz Brauweiler, Br., Studentrat Ludwig, Graf Alvensleben (Neugattersleben), v. Gähler (Stendal) u. a. m. vom Stahlhelm und vom Deutschen Herrenklub (DHR.)!

Herr v. Hammacher lud Graf Beisel ein, der wieder mich mit nach Zelz nahm. Erwartet wurden dort die Vertreter der Industrie der Niederlausitz. Zur Beratung stand

die Geldbeschaffung für den Stahlhelm

Landesverband Brandenburg und Heranziehung der Industrie hierfür!

Herr v. Morozowicz vom DHR. wird nun hoffentlich gewillt und in der Lage sein, anzugeben, auf wessen Veranlassung Herr v. Hammacher (Zelz) vom DHR. sich einschleifte. Ich persönlich komme jedenfalls nicht als „Anreger“ oder Vermittler der Geldbeschaffung in Frage, sondern nur als zahlendes Glied, das in dem jetzigen Verhalten des Herrn v. Morozowicz nur den schuldigen Dank dafür erblickt, daß es seinerzeit zu ändern dieses Herrn beträchtliche Vorkasse gegeben hat. Allerdings habe ich auch auf Wunsch des Herrn v. Morozowicz die Bekanntschaft mit einigen der Herren Generaldirektoren pp. der Braunkohle vermittelt und war ihm behilflich, seine Wünsche diesen vorzutragen. An einzelnen dieser Verhandlungen nahm ich teil, aber nicht als Vermittler oder Anreger, sondern als Repräsentant des Kaufherkes Knobbe, das zwangsläufig mit den übrigen Braunkohlenwerken auch im Ostböhmisches Braunkohlenyndikat zusammengeschlossen ist und sich als solcher Teil auch an den Zuschüssen für den Stahlhelm beteiligte. Die Behauptung im Führerbrief Nr. 11 vom 1. Juni 1930, ich sei Mitglied eines „Braunkohlenkonzerns“, der seinerzeit indirekt (!) mit Pelschel arbeitete, charakterisiert sich nur als eine ebenso leichtfertige wie blödsinnige Behauptung.

Als 1925-26 Herrn v. Morozowicz geholfen wurde, war die Lage in puncto Judengeld weniger bedenklich! Als 1928

etwa 2 Mill. und in den Vereinigten Staaten etwa 3 Mill. To. Salz. Die Gesamtproduktion der Erde an Salz, also Solfalz und Kochsalz zusammen, dürfte sich jährlich auf etwa 14 Mill. To. stellen, von denen ungefähr zwei Drittel in Europa produziert werden. Die Verwendung des Salzes für Ernährungszwecke, wenn sie auch die für den Menschen bei weitem wichtigste ist, umfaßt doch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des gesamten Salzverbrauchs. Der weitaus größte Teil der Salzproduktion dient gewerblichen Zwecken, und zwar zum Teil der Landwirtschaft zur Viehfütterung und zur Düngung, zum andern Teil aber als Arbeits- und Rohmaterial für technische Zwecke in den verschiedenen Industriezweigen. Die Technik stellt aus dem Salz das Soda her, das wiederum das Ausgangsmaterial für die Glas- und Sodafabrikation ist; Glaubersalz, Chlor und Salzsäure sind weitere hochwichtige Erzeugnisse, für deren Herstellung jährlich gewaltige Mengen Salz verarbeitet werden. Die Glas- und Tonwarenfabrikation benötigt das Salz zur Herstellung von Gläsern, die Farbenfabrikation bei der Herstellung von Teerfarben, die Hüttenindustrie zum Rösten der Erze, die Metallwarenfabrikation zum Härten der Werkzeuge, und die Fettsäurefabrikation zur Raffinierung ihrer Erzeugnisse. Auch Gerberei, Bleicherei und Färberei haben das Salz für ihre Erzeugnisse und Arbeiten nötig, ebenso auch die Tabakindustrie und die Mineralwasserfabrikation. Die Verwendung des Salzes zum Auftauen bei Frostwetter ist bekannt, ebenso auch seine Verwendung für die Nahrungsmittelkonservierung, dem noch hinzuzufügen ist, daß auch Holz und Leder mit Salz konserviert werden. Es dürfte nur wenige Zweige der heutigen Industrie geben, in denen Salz nicht für irgendwelche technische Zwecke benötigt und verbraucht wird. Endlich, macht auch die Heilkunde von dem vielseitigen Mineral Gebrauch, und zwar für Bäder (Solbäder) und Inhalationen von Salzdämpfen für Hals- und Lungenleiden.

Während der Verbrauch an Salz für Speisewecke, wie bereits erwähnt, sehr gering ist, nur etwa 8 Kilogramm pro Kopf und Jahr beträgt und seit Jahrzehnten ungefähr der gleiche geblieben ist, beträgt der Gesamtverbrauch an Salz, der also das Speisesalz und das Salz für gewerbliche Zwecke umfaßt, das Vier- bis Fünffache des genannten Betrages und ist noch ständig im Steigen begriffen. Der größte Salzverbraucher ist der Engländer, der insgesamt 37 Kilogramm Salz im Jahr für Speise- und gewerbliche Zwecke benötigt; ihm folgt der Amerikaner aus den Vereinigten Staaten mit 30 Kilogramm, der Franzose mit 21, der Deutsche mit 18, der Österreicher und Ungar mit 14 und endlich der Russe mit etwa 12 Kilogramm an jährlichem Salzverbrauch.

(Nachdruck verboten.) Dr. Th. Wolff.

Die Massenbildung in der Kultur.

Die Umwandlung des Wirtschaftslebens, wie die Jahrzehnte und Jahrhunderte sie gebracht haben, hat auch eine Umwandlung des Bildungswezens zur Folge gehabt. Bildung war Standesbildung, als es Stände gab. Sie wurde Klassenbildung, als der Kapitalismus die Klassen schaffte. Bildung wurde dann das Vorrecht der Besitzenden, und es ist ein Stück des sozial-wirtschaftlichen Kampferfolges, wenn das Bildungsmonopol heute gelockert ist und auch Kindern des Volkes bis zum gewissen Grade das Recht auf Bildung zusteht.

Jedenfalls haben wir ein wahrhaft sozial-gerechtes Bildungswezen nicht. Massen von klugen Kindern des arbeitenden Volkes haben nicht die Möglichkeit zur vollen Entfaltung ihrer geistigen Kräfte, und in den Klassen der Besitzenden kann mit Geduld und unter materiellen Opfern, die man ja bringen kann, auch der weniger Begabte in die Gruppe der sogenannten Intelligenz aufrücken. Wie man da von den intellektuellen von heute als den Trägern der Begabung reden kann, ist uns unerschindlich. Und doch geschieht es, und man ist in Sorge um die Zukunft unserer Kultur, weil diese „Intelligenz“ nur drei Generationen hervorbringt in der Zeit, in der die ungelernete Arbeiterschaft, die man die geistig minderwertige Schicht nennt, vier Generationen erzeugt.

Es handelt sich hierbei um wissenschaftliche Anschauungen, die im Dabheimer Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie ihren Ursprung haben und die zeigen, daß Wissenschaft, dem Volke entrückt, keine objektive Wissenschaft sein kann, und daß Menschen, die die Fäden mit dem Volksganzen verloren haben, zu einem unabhängigen Urteil nicht fähig sind.

So finden wir, indem wir dieser anthropologischen Kaiser-Wilhelm-Wissenschaft folgen, bei fast allen Völkern des nord-westlichen Europa die gleiche Erscheinung, daß die Träger der Begabung, das heißt die, die sich unter glücklichen wirtschaftlichen Verhältnissen daheim geistig entwickeln konnten, „zu wenig Kinder haben“, während die große Masse der „Minderwertigeren“ eine bedeutend stärkere Vermehrung aufweist.

Diese wissenschaftlich abgestempelte Anschauung zeigt uns die engen Zusammenhänge, die zwischen Wissenschaft und sozialer Lebensgestaltung vorhanden sind. Die Wahrheit, dieses höchste Ziel echter wissenschaftlicher Forschung, wird nur gefunden, wenn Forscher frei von sozialen Hemmungen sind, wenn Forschung von gemeinschaftsdienenden Menschen einer klassenlosen Gemeinschaft getragen wird. Nur wenn die Demokratisierung des Bildungswezens gekommen, kann von einer „Intelligenz“, von den Trägern der Begabung eines Volkes die Rede sein. Solange die Demokratisierung des Bildungswezens noch nicht errungen ist, stellt diese sog. Intelligenz nur eine Schein-

und Zufallsgeistigkeit dar, wie sie in der kommenden neuen Gesellschaft der Gemeinschaft einfach nicht möglich ist.

Aber auch in anderer Weise bedeutet diese Auffassung einen volksfremden Hochmut, denn eine derartige Scheidung in Träger der Begabung hier und Unbegabtere dort widerspricht der Kulturbedeutung, die in Wahrheit das ganze Volk in allen seinen Schichten hat. Eine Bildungsschicht, als solche gefördert, als solche von der Masse getrennt und um des „Erbgutes“ willen gehegt, würde früher oder später den Untergang der Kultur bedeuten. Diese so hochmütig geistig-minderwertig genannte Schicht hat nicht nur im großen Zusammenleben durch ihr Können das zu schaffen, was das ganze Zusammenleben überhaupt erst möglich macht, setzt sich nicht nur aus Massen von geistig-praktisch hochbegabten Menschen zusammen; diese Schicht stellt auch zugleich das Reservoir für die neue Intelligenz dar, für die stete Verjüngung der intellektuellen Schicht, und je größer die Bildungsarbeit innerhalb dieser Schicht des schaffenden Volkes ist, um so mehr ist sie das Erbgut für neue Träger der Begabung.

Woher waren sie denn alle jene höchst Begabten? Diese Schiller und Goethe und Beethoven und wie sie geheißen haben? Man braucht ihren Ursprung nur einige Generationen zurückverfolgen und man findet, daß sie aus der breiten Masse gewesen sind.

Wie wenig eine von der Masse abgeforderte Intelligenzschicht die Kultur halten kann, zeigt uns das Genie, das selten wertvolle Nachkommen hat. Es ist ein ewiges Auf und Ab im geistigen Schöpferium, und diese Einheit, die Volk und Begabung bedeuten, wurde auch von den geistig wahrhaft Großen immer anerkannt. Selbst der Geistesaristokrat Goethe fühlte in der Volksseele das tiefste Wesen des Genies, und so konnte Goethe auch nur bei solch einer umspannend großartigen Auffassung von Volk und Geistigkeit das Wort aussprechen, daß, je mehr das Jahrhundert Genie hat, um so mehr das einzelne gefördert wird.

Damit hat die Massenbildung einen ungeheuren Kulturwert, und wenn die Gewerkschaftsbewegung dieser Massenbildung dient, wie es geschieht, dann leistet sie der Kultur einen größeren Dienst als diese Wissenschaft, die da in einer absolut ungeistigen Weise nur zur Förderung der Zufalls- und Besitzes-Geistigkeit mahnt. Dr. Gustav Hoffmann.

Denke bis zu den letzten Konsequenzen, reize nieder, was deinem Denken im Wege steht, selbst das heiligste, das Unantastbare ist unheilig und ein Frevel, wenn es dem Gedanken zur Schranke ward. Denke — und du wirst reich, denke — und du wirst stark und froh. Wer, und ob er gleich hundert Jahre lebte, wird solchen Werdens ein Ende finden? Lily Braun.

der Machtzuwachs des tschechischen Juden Petschel in der Niederlausitzer Kohlenindustrie mehr und mehr in Erscheinung trat — so trat seine Einflussnahme auf die Ise fast urplötzlich hervor — da habe ich Herrn v. Morozowicz wiederholt und dringend gewarnt und darauf aufmerksam gemacht, daß er sich klar sein müsse, vom Juden Geld zu nehmen. 1929 stellte ich meine Beteiligung an den Zahlungen ein und begründete das wiederum schriftlich und mündlich Herrn v. Morozowicz und den Generaldirektoren gegenüber. Er nahm die Landesverband Brandenburg 1929 wiederum 24 000 Mark, wovon überschläglich mindestens sechs Achtel auf die Petschel-Konzerne entfielen. Herr v. Morozowicz schlug jeden Einwand in den Wind und erklärte mir im Februar oder Anfang März 1929 im Hotel „Welches Roß“ in Cottbus, er würde gegebenenfalls angeben, „daß er die Geldquelle einwandfrei angesehen hätte, da ich ihm dazu verholfen hätte“. Diese Äußerung nahm ich damals für Scherz, denn nach meinen Aufklärungen über die inzwischen eingetretene Besitzveränderung in der Braunkohlenindustrie konnte Herr v. Morozowicz nicht mehr darüber im Zweifel sein, daß die Subventionen des Stahlhelms nunmehr (1929) zum überwiegenden Teil von dem Juden Petschel bewilligt und gegeben wurden.

Wenn nun der Bericht des Herrn v. Morozowicz an den zweiten Bundesvorsitzenden des Stahlhelms den von diesem am 8. Mai d. J. Herrn Oberst v. d. Harbt mitgeteilten Passus enthält, daß ich die mir zur Zeit „verdammte finanzielle Verhandlung“ selbst angeregt und mich daran beteiligt hätte, so ist das un wahr, zumal ich beispielsweise an dem Erscheinen der Herren Sedde und Ruhlenkamp bei einer der Verhandlungen nicht mitgewirkt habe, sondern dieses auf Ersuchen des Herrn v. Morozowicz selbst zurückzuführen sein dürfte. Daß Herr Sznajz Petschel oder einer seiner Söhne nicht zur Verhandlung erschienen, trifft zu und war unnötig, da seine Generaldirektoren selbstredend entsprechende Anweisung hatten.

Ich stelle also fest:

1. Der Landesführer v. Morozowicz hatte seinem zweiten Bundesvorsitzenden des Stahlhelms, Oberstleutnant Duesterberg, vorzüglich eine wesentlich falsche Meldung über den Hergang der Geldbeschaffung bei der Niederlausitzer Braunkohlenindustrie erstattet.
2. Herr Oberstleutnant Duesterberg hat, von mir durch eingeschriebenen Brief auf die Unrichtigkeit und Unvollständigkeit des Berichtes seines Untergebenen unter 1 hingewiesen, es unterlassen, die Sache pflichtgemäß aufzuklären — ebenso wie im Fall Dr. Brauweiler gegen Straßer.

3. Oberstleutnant a. D. Duesterberg hat im Schreiben vom 8. Mai 1930 an Herrn Oberst v. d. Harbt, aber auch im Führerbrief vom 1. Juni 1930 leichtfertig und wider besseres Wissen unwahre Behauptungen gegen einen früheren Kameraden aufgestellt und diesen auf Grund solcher unwahren Behauptung als unmoralisch hingestellt, also verleumdete. Die von Herrn Oberstleutnant Duesterberg gegen mich erhobene Anschuldigung der Unwahrhaftigkeit, Unmoral und Verleumdung fällt hiernach auf ihn selbst zurück. Das Verhalten der Herren Duesterberg und v. Morozowicz charakterisiert sich als Verzicht der Verschlebung eigener Verantwortung auf andere und läßt einen kebauerlichen Mangel an Verantwortungsreueigkeit erkennen, die sich auch da bewähren muß, wo Fehlgriffe vorliegen.

von Wedelstaedt.

Diese Darlegungen des Herrn v. Wedelstaedt sind klar und verständlich. Wir können sie für sich sprechen lassen. Nur eins möchten wir anfügen:

Wir wissen, daß es sich hier nur um „einen“ Fall handelt, der aber als typisch gelten darf für ein ganzes System. Wir möchten nur gerne wissen, ob unsere Industriellen wirklich im Ernste glauben, in und durch ein solches System zu einem geordneten Staats- und Gesellschaftsmechanismus zu kommen.

Wenn ja, dann hätten wir freilich, auch ohne Berücksichtigung irgendwelcher ökonomischer Faktoren, eine Erklärung für die Zerrüttung des deutschen Wirtschaftsmechanismus. Wenn nein, dann ist es das Geheimnis dieser deutschen Industriellen, wie sie sich, trotz dieser Zustände, die Schaffung des notwendigen Vertrauensverhältnisses zwischen Arbeitgeber und dem Gros der Arbeitnehmer denken, um zu einer erträglichen und nughbringenden Wirtschaftsentwicklung kommen zu können.

Von uns aus kann wenigstens gesagt werden, daß wir, solange solche Staats- und Gesellschaftspolitik das Zielstreben des Unternehmertums ist, wie sie durch die Darlegungen des Herrn v. Wedelstaedt wieder offenkundig gemacht ist, nur in schärfster Kampfstellung, gepaart mit schärfstem Mißtrauen, dem Unternehmertum gegenüberstehen. Zu wessen größtem Nachteil das schließlich ausschlägt, dürfte nach unserer Meinung heute schon feststehen. Möge man sich „drüben“ einmal die Sache näher überlegen!

Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Der fünfte Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI), der kürzlich in Moskau abgehalten wurde, feierte gleichzeitig das zehnjährige Bestehen dieser Organisation. Dieses Jubiläum bedeutet zehn Experimentjahre mit den europäischen Gewerkschaften zu dem Zweck, sie für die parteipolitischen Ziele Moskaus auszunutzen zu können. Als seinerzeit der Plan der Gründung der RGI Lenin unterbreitet wurde, erklärte er prompt: „Ich finde keine Worte, um die Wichtigkeit dieses Unternehmens auszusprechen.“ Der Führer des Bolschewismus war sich im klaren, daß die Amsterdamer Internationale eine gewaltige Macht darstelle. Daher inspirierte er die Direktive: die Amsterdamer Internationale, die das bolschewistische Programm ablehnt, ist um jeden Preis zu bekämpfen. Ihre Arbeitermassen sollen für den Bolschewismus „erobert“ werden! Wie dieser Befehl durchgeführt wurde, berichtete in einem Jubiläumartikel der Generalsekretär der RGI, bzw. Profintern, Losowski. Er erklärte wörtlich:

„Die gesamte Tätigkeit der Sektionen der Profintern und der Profintern selbst beruht in der Durchführung der kommunistischen Politik in der Gewerkschaftsbewegung, in der Gewinnung der Massen für die kommunistische Partei und die Kommintern, in der Erweiterung des Einflusses der kommunistischen Ideen auf neue und immer neue Schichten der Arbeitererschaft. Darin lag der Sinn der Schaffung der Profintern, diese Tätigkeit vollbrachte die Profintern während ganzer zehn Jahre.“

Eine ganz deutliche Sprache! Also: die Politik der Kommintern, die in erster Linie auf die Erhaltung des Bolschewistenregiments in Rußland hinauszielt, ist für die RGI, ausschlaggebend. In Erfüllung dieser Aufgabe wurden die Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale unterminiert und geschwächt.

Die Tagesordnung des fünften Kongresses der Profintern lieferte einen neuen überzeugenden Beweis dafür, daß die Führer der Profintern aus den Erfahrungen der letzten Jahre nichts gelernt haben. Vielmehr war für die Kongreßleitung Stalins „linker Kurs“ die größte Weisheit. Schlagworte, Schlagworte und wieder Schlagworte bildeten die Themen der Verhandlungen.

Ein spezieller Punkt der Kongreßverhandlungen war dem „Problem der Rader der revolutionären Gewerkschaftsbewegung“ gewidmet. Eigentlich müßte dieser Punkt lauten: „Das Problem des Zerfalls der revolutionären Gewerkschaften und der Ausschaltung der Opposition“. Denn sein Sinn besteht darin, die dauernden Mißerfolge der Profintern auf die Unfähigkeit der Funktionäre zurückzuführen und in der „Säuberung“ der Gegner der „Generallinie“ Stalins. Damit soll, allen Tatsachen zum Trotz, die Aufmerksamkeit von der verkehrten Politik der Profinternleitung abgelenkt werden, die im System liegt, nämlich in den falschen Grundrissen der bolschewistischen Arbeiterpolitik.

Genau so, wie auf seinen früheren Tagungen, mußten auf dieser Zusammenkunft die Mängel und das Versagen der Profintern reich illustriert werden. „Wir müssen feststellen“, erklärte auf dem Kongreß der Vertreter der Sowjetgewerkschaften Smolianski, „daß die revolutionäre Bewegung gegenwärtig hinter der durch die Krise geschaffenen Möglichkeiten zurückbleibt. Einstecken hinten wir hinten den Massen hinterdrein... Die Bewegung ist unter den Arbeitern meistens spontan.“ Und der Generalsekretär der RGI selbst muß wieder einmal folgendes, direkt erschütterndes Geständnis ablegen. Er führte u. a. folgendes aus:

1. Die kommunistischen Gewerkschafter verstehen es nicht, den Kampfesstimungen der Arbeitermassen Ausdruck zu verleihen. Die Streiks brechen aus unerwartet für die in den Betrieben tätigen Mitglieder der revolutionären Verbände und der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Dies ist eine der schwächsten Stellen unserer ganzen Arbeit.

2. Die Streiks werden schlecht vorbereitet. „Unsere Organisationen fangen an, an den Streik zu denken, wenn sich die Ereignisse bereits zugespitzt haben.“

3. „Die Streikausschüsse werden ernannt oder von einer unbedeutenden Zahl von Arbeitern gewählt.“ Daraus folgt auch

4. „Die Losgelöstheit — dank unserer Schuld — der Streikausschüsse von den Arbeitermassen.“

5. „Ein nicht genügendes Durchdenken von Forderungen, die Ausarbeitung von Forderungen in einem engen Kreis von leitenden Funktionären.“

6. Hilflosigkeit gegenüber den „demagogischen Forderungen und linken Phrasen der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten.“

7. „Gewalttame Maßnahmen gegenüber den rückständigen Elementen des Proletariats. Kommandieren.“

8. „Man versteht nicht, den Streik rechtzeitig und organisiert zu beenden, man zieht den Streik in die Länge bis zur völligen Zerfetzung und Desorganisation der Streikenden.“

3. „Ratlosigkeit vor den Unternehmern, Unfähigkeit, ernsthaft Verhandlungen zu führen.“

„Ich könnte diese Aufzählung unserer Fehler und Schwächen fortsetzen“, fügte Losowski hinzu, „aber auch das genügt. Wenn wir die Streiks in Europa oder Lateinamerika betrachten, in Japan oder den Vereinigten Staaten, in Spanien oder in Brasilien, in Norwegen oder in Paraguay — überall können wir die aufgezählten Schwächen feststellen.“

Ein klägliches Versagen ist auch in bezug auf die Durchführung der „wichtigsten Aufgaben“ festgestellt worden. Darüber sind in der Entschliessung zum Bericht des Zentralrats „ernste Worte“ und fromme Wünsche ausgesprochen worden. So mußte darin der Kongreß feststellen, daß die „wichtigste internationale Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung — die Aufgabe der Internationalisierung der großen Streikämpfe — nicht die nötige Bewirklichung gefunden hat. In den internationalen Unterstützungssaktionen für Streikende (englischer Bollarbeiterstreik und andere) ist es dem Zentralrat nicht gelungen, eine ernste finanzielle und moralische Unterstützung der im Kampfe stehenden Truppen des Proletariats durch die RGI-Sektionen zu erzielen.“ Und weiter: „Der Kongreß stellte fest, daß trotz wiederholter Beschlüsse über die Schaffung eines internationalen Kampfsolidaritätsfonds ein solcher bis jetzt noch nicht geschaffen wurde.“ (Zitiert nach der „Roten Fahne“ vom 28. August 1930.)

Die Verhandlung über diesen Punkt der Tagesordnung dokumentiert besonders anschaulich den Zerfetzungsprozeß innerhalb der Profintern. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, daß in den letzten zwei Jahren in der Profintern, genau so wie in der Kommintern, Gruppen und Fraktionen entstanden sind. Selbstverständlich führte Stalin gegen sie einen Ausrottungskrieg. Der Stalinkurs hat auch den Sieg gewissermaßen verankert worden, die Opposition von rechts und links soll gänzlich liquidiert werden. Nur Stalinisten dürfen heute die Gewerkschaftspolitik der RGI bestimmen.

Der fünfte Kongreß der Profintern sollte keine neuen tatsächlichen Richtlinien festlegen. Vielmehr bestand ihre Aufgabe

darin, die Richtigkeit der Entschliessungen des vierten Kongresses zu bestätigen. Welche Taktik setzte der vierte Kongreß fest? Organisation bolschewistischer Streikleitungen in den Betrieben, Führung von Wirtschaftskämpfen auch gegen den Willen der freien Gewerkschaften, Erfassung und Ausschaltung der Unorganisierten gegen die Gewerkschaftsorgane, verschärfster Kampf gegen die freien Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratie, Bildung selbständiger bolschewistischer Gewerkschaften — das waren die Direktiven, die im Jahre 1928 verkündet wurden. In diesem Sinne haben nun die Anhänger der Profintern ihre Tätigkeit künftig fortzuführen.

Die deutschen Delegierten Hert, Dahlem und Galinat führten als Beispiel die Streikbewegung in Deutschland an, welche angeblich die Taktik des vierten Kongresses der RGI bewährt habe. Diese Behauptung enthielt vollkommen die all-gemein bekannten Tatsachen. In Wirklichkeit haben die ganz wenigen Streiks, welche von den Kommunisten seit 1928, d. h. seit dem vierten Kongreß der Profintern, organisiert wurden, sämtlich mit schweren Niederlagen geendet. Gerade die Erfahrung in Deutschland — übrigens auch in anderen Ländern — beweist, daß die jüngste Gewerkschaftstaktik Moskaus in der Praxis die Arbeiterbewegung nur schädigen kann.

Zum Zwecke der Ausbildung der „revolutionären Rader“ soll, laut Beschluß des Kongresses, eine „Internationale Schule der Gewerkschaftsbewegung“ gegründet werden. Zugleich soll die „revolutionäre Gewerkschaftspress“ eine Verbesserung erfahren.

Die geschulte organisierte Arbeiterschaft Europas wird nun zweifellos die Parolen der fünften Tagung der Profintern mit derselben Entschiedenheit zurückweisen, wie sie die schädliche revolutionäre Phrasologie der früheren Kongresse der RGI ablehnte. Geschlossen wird sie das Programm des Stockholmer Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes sich zu eigen machen.

Bergarbeiter fliehen aus dem Donez-Becken.

Das Problem der Beschaffung der Arbeitskräfte spiegelt sich im Donez-Gebiet so sehr zu, daß in den leitenden Kreisen der russischen Wirtschaft ernsthaft erwogen wird, ob nicht eine Massenwerbung von Ruhrbergarbeitern für das Donez-Becken in die Wege geleitet werden sollte. 1000 Ruhrkumpel sollen bereits angeworben sein und über 500 sich bereits in Rußland befinden („Sa Industrialisaziju“, 14. August). Auf diese Weise wird aber nur ein geringer Bruchteil der gegenwärtigen Nachfrage nach Bergarbeitern im Donez-Becken gedeckt. In den letzten Monaten wird eine Massenflucht der Arbeiter aus dem Donez-Becken beobachtet, die durch Zuzug ausländischer Arbeiter auch nicht wettgemacht werden kann. In der Tat ist die Lage sehr ernst:

„An der Kohlenfront sind gewaltige Mißstände festzustellen. In der letzten Zeit ist die Kohlenförderung im Donez-Becken katastrophal gesunken und auch in anderen Kohlenrevieren stark zurückgegangen. Ein bedrohlicher Kohlendurchbruch ist entstanden. Das Land hat 2 Mill. Tonnen Kohle zu wenig gefördert. Statt der im Plan vorgesehenen arbeitstäglichen Förderung von 108 000 T. liefert das Donez-Becken gegenwärtig nur 78 000 T. Kohle arbeitstäglich.“

Die Situation, die nun entstanden ist, ist um so bedrohlicher, als bei den Brennstoffverbrauchern ein Mehrverbrauch von Kohle zu verzeichnen ist, weil die Normungsvorschriften für die Kohlenverfeuerung nicht eingehalten werden. Die Koksöfen, die dem Land den für die Metallverhüttung so dringend notwendigen Koks liefern, der jetzt nur sehr knapp geliefert wird, stehen vor der Gefahr der Stilllegung.

Die Hauptursache des Rückganges der Kohlenförderung ist bekannt. Das ist der Wegzug der Arbeiter, der mit den Erntearbeiten und der mangelhaften Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln und Gegenständen des Massenbedarfs zusammenhängt. Im Juli, dem Monat, in dem der Hauptdurchbruch erfolgte, haben das Donez-Becken verlassen: 10 000 Hauer, die 21 000 Arbeiter aller Sparten. Der Wegzug der Arbeiter hält an, und der Rückgang der Kohlenförderung hört nicht auf.“ („Sa Industrialisaziju“, 12. August.)

Lebhaft wird die Frage erörtert, warum denn eigentlich die Arbeiter aus dem Donez-Gebiet fliehen. Ein Bergarbeiter versucht, in der „Prawda“ eine Antwort auf diese Frage zu geben:

„Über die Lebensverhältnisse sollte man lieber nichts sagen... Ich habe erlebt, wie im Bezirk Lugansk die kommunistischen Jugendlichen und die Landarbeiter, die zur Arbeit in den Bergwerken entworfen waren, aufgenommen wurden. Wohnungen waren für sie nicht bereitgestellt worden. In den ersten Tagen mußten sie beinahe auf der Straße schlafen, später zu zweit oder zu dritt auf einer Bettstelle. Wo sie sich ernähren sollten, mußten sie überhaupt nicht. Entweder drei bis vier Kilometer zurücklegen bis zur nächsten Speisestätte oder trockenes Brot kaufen...“

Die Brotration im Donez-Becken ist ausreichend, aber das Brot ist von einer solchen Qualität, daß man es nicht in den Mund nehmen möchte. Vor meinen Augen wurde in unserem Wohnheim aus einem Brotlaib eine halbe Hefe herausgeholt, nicht selten kann man aus dem Brot Glas-splinter, Zigarettenstummel und sonstige Gratisbeilagen heraus-holen.

Die Schlangen vor den Geschäften sind endlos, selbst wenn man Waren kaufen will, die in ausreichender Menge vorhanden sind... Mit öffentlichen Speisestätten ist es ganz einfach bestellt. Für 10 000 bis 12 000 Arbeiter im Bezirk Radjomka gibt es nur eine Kantine. Die eine Familie haben, können sich noch irgendwie behelfen, aber Alleinstehende können sich begraben lassen: sie ernähren sich meistens von trockenem Brot.

Ebenso sieht es mit der Wasserversorgung und den Badeanstalten. Im Bezirk Radjomka wird seit zwei Jahren eine Badeanstalt gebaut, die nie fertig wird. Am 10. Juli sollte dort das neue Wasserwerk in Betrieb genommen werden, das ist bis heute noch nicht geschahen.

Alle diese Ursachen bewirken eben die Flucht der Arbeiter aus dem Donez-Becken.“ („Prawda“, 15. August.)

Die einzige russische Tageszeitung, die dem Arbeitermangel im Donez-Gebiet nicht diese überragende Bedeutung glaubt beimessen zu dürfen, ist ausgerechnet — das Gewerkschaftsblatt, der „Trud“! Um so mehr entrietet sich der „Trud“ über die Lage der Bergarbeiter in der ganzen Welt (siehe „Trud“ vom 15. August), soweit es sich eben nicht um den Sowjetstaat handelt.

Die 38. Beitragswoche
läuft vom 14. bis zum 20. Sept. 1930
Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

HAUS UND LEBEN

Du!

Das Herz war stets das dichterische Sinnbild alles Tiefsten und Edelsten. Doch für den Vater, die Mutter, den Bruder, die Schwester, die Geliebte schlug es nur. Für den Freund oder Nachbarn in der Not. Dem Menschen war eine größere Aufgabe nicht beschieden, die er erfüllen sollte mit seinem Herzensblut. Der Lebenskreis war noch klein. In den großen Fragen des Lebens hatte der einfache Mann nichts zu sagen, und Ziele gab es für ihn nicht. Er nahm alles hin, wie es war. Die Stunde der Geschichte war noch nicht gekommen. Die Stunde, die das Volk rief und von jedem einzelnen den ganzen Menschen verlangt.

Jetzt ist sie gekommen. Jetzt hat unser Volk die engen Kreise des Lebens durchbrochen, und mehr als Vater und Bruder und Freund gibt es jetzt. Volk ist in Not, und über Vater und Mutter und Nachbarn hinaus erfährt uns die Not einer geknechteten Klasse. Und über die kleinen Liebesdienste eines engen Alltagslebens hinaus schlägt unser Herz heute einem großen Ziele. „Zum lichten Tempel der Freiheit“ ward in uns, wie Brüder es besungen, „in der Brust der rote Stein.“

Welch eine Größe des Zieles! Und doch so angewiesen auf das Kleine. Denn du bist nötig. Jeder einzelne, dem ein fühlendes Herz in der Brust schlägt, muß liebend dienen diesem Ziele. Sonst fehlt dem Tempel ein Stein.

Haft du das warme Pochen deines Herzens eingefügt in diesen lebendigen Pulsschlag deines Volkes? Du hast das Herz jetzt nicht mehr für dich. Du hast es für deine Bewegung, für deine Klasse und für die Freiheit deiner Schwestern, deiner Brüder.

Das neue Lied vom menschlichen Herzen klingt. —

Die Lüge des Kindes.

„Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, wenn er auch die Wahrheit spricht.“ Wollten wir dies Sprichwort allgemein auch bei unseren Kindern anwenden, so würden wir zu Trugschlüssen kommen. Wir müssen uns vielmehr vergegenwärtigen, daß wir bei unseren Kindern diesbezüglich einen anderen Maßstab anzulegen haben. Was man schlechthin als „Lüge“ anzusprechen gewohnt ist, wird uns bei den Kleinen in einem eigenartigen Lichte erscheinen, wenn wir ihren Worten und Aussagen auch psychologisch auf den Grund gehen. Denn es ist verständlich, daß die Kinder ihre Aussagen zuweilen ohne viel Überlegung machen, ohne jedes einzelne Wort auf die Wagschale zu legen. Da es von einem gewissen Rededrang beherrscht ist, nimmt das Kind es mit den Erzählungen nicht immer so genau, in seiner kindlich leichtfertigen Art. Es wird sich bemühen, dasjenige, was seiner Erinnerung entfallen ist, durch seine Phantasie zu ergänzen. Bei seinem Ideenreichtum wird ihm dies ein leichtes sein. Es wird außerdem versuchen, den Wunsch den Vater des Gedankens sein zu lassen. Wenn es dabei etwas Unwahres angibt, so ist eine Behauptung seinerseits oft nur ein Ausdruck des Gewünschten, eine Ablenkung weiter nichts als eine Abwehr vom Kinde aus anzusprechen.

Wollen wir als Eltern und Erzieher den kleinen Sündern gerechte Richter sein bei solchen Vorkommnissen, so müssen wir verstehen, uns bei der Beurteilung des Vorgehens auf das kindliche Denken und Fühlen einzustellen. Bevor man deshalb ein Kind einer Lüge zeibt, ist es unsere Aufgabe, den Ursachen auf den Grund zu gehen und die ganze Begebenheit in ihren Einzelheiten und Zusammenhängen zu erforschen. Wenn wir mit wohl-

weislicher Ueberlegung und einer gewissen Anpassungsfähigkeit vorgehen, wird es uns auch gelingen, das Vertrauen des Kindes zu gewinnen und zu erhalten. Nur so können wir ihm ein guter Berater und Helfer sein. Wenn wir aber bei einer solchen Begebenheit das präziseste „ja“ oder „nein“ fordern, so dürfte dies nicht immer das beste Mittel sein, um den wahren Sachverhalt ans Licht zu bringen. Wir müssen uns vielmehr bemühen, das Kind mit Güte, Liebe und Geduld dahin zu bringen, daß es seinen Fehler einsieht. Dann wird es auch von selbst zugeben, daß es unrecht und uns wehe getan hat. Es wird versprechen, es nicht wieder zu tun und sich zu bessern.

Es wäre natürlich nicht richtig, wenn man den Kindern Unwahrheiten ohne Bedenken gestatten würde, zumal wenn es sich um eine „echte Lüge“ handelt. Doch wollen wir bedenken, daß in diesen Fällen die Kinder bewußt falsche Aussagen machen, und zwar in der Absicht, um uns zu täuschen. Man darf dies den Kindern keinesfalls durchlassen, wenn man sie bei solchen Fehlern ertappt. Vielmehr ist die Lüge dann unbedingt scharfer zu ahnden. Aber man soll sich auch hüten, hier ein allzu strenger Richter zu sein. Sonst nimmt das Kind aus Furcht vor der Strafe zu der Lüge als letzten Ausweg seine Zuflucht. Es wird hartnäckig bei seiner Behauptung bleiben, deren Unrichtigkeit ihm bewußt ist. Es ist auch ratsam, nicht etwa im ersten Affekt den Strafvollzug zu vollziehen. Das eigentliche Strafen sollte man am besten denen überlassen, die durch steten Umgang mit dem Kinde es in seinem Wesen, Eigenarten und Charakter genau kennen. Diese werden in der Wahl der Mittel und des Weges zur Besserung und Erziehung das Rechte treffen. Geht man aber mit der Beurteilung des Vorgehens und der Strafe zu hart vor, so wird das Kind allzu leicht eingeschüchtern und es kann sein Vertrauen zum Erzieher verlieren. Wir würden so wenig Erfolg haben, das Kind zu bessern, und würden ihm schlechte Helfer und Berater sein, die Klippen in seinem geistigen und seelischen Werdegang zu umschiffen. Es ist aber unsere Pflicht, den Kindern die Begriffe „gut“ und „böse“ rechtzeitig mit auf den Weg zu geben zu ihrem Besten und sie zur Wahrhaftigkeit zu erziehen. Dr. Gerth.

Was ist eigentlich die Kinderlähmung?

In Berlin sind in diesen Tagen zwei Fälle von Kinderlähmung gemeldet worden. Die Öffentlichkeit, gespiegelt in den Neußerungen der Tagespresse, hat auf diese Nachricht mit erheblicher Beunruhigung geantwortet. Hatte man doch von der epidemischen Ausbreitung der kindlichen Krankheit im Elsaß gehört, von ihrem Uebergreifen auf das Saarland, auf Teile der Pfalz und Badens. Erinnerung man sich doch der heftigen Epidemie, die vor drei Jahren besonders in Sachsen Iderte und Hunderte von zumeist jugendlichen Personen befiel.

Die Beforgnis ist verständlich, vor der Hand aber nicht berechtigt. Einzelne Erkrankungsfälle kommen Jahr für Jahr in Berlin vor. Sie mehren sich erfahrungsgemäß immer im Spätsommer und Herbst; vor irgendwie beachtlicher Ausbreitung sind wir jedoch bisher stets verfehlt geblieben. Selbst in dem unheimlichen Jahr 1927, als in Deutschland mehr als 2700 Krankheitsfälle gemeldet wurden, wies die Millionenstadt nur 102 Erkrankungen auf; 1928 waren es 61 und 1929 72 Fälle, von denen 47 sich auf die Monate August bis Oktober zusammenhängen. Das laufende Jahr ließ sich sogar noch günstiger an: bis heute sind erst 16 Erkrankungen in der Hauptstadt bekannt geworden, also kaum mehr als allein im August des vergangenen Jahres. Damals war aber kein Mensch besonders beunruhigt.

Gleichwohl ist volle Aufmerksamkeit am Plage; witterleuchtete es doch in mehr oder minder großer Ferne. Im Elsaß sollen bereits mehrere hundert Personen erkrankt sein, in Lothringen, aus den Niederungen der Maas, vom Oberrhein werden vereinzelte Erkrankungen gemeldet und als Funken des französischen Brandherdes gedeutet. Holland schließt sich an, Südfinnland

soll stärkere Ausbreitung aufweisen, Schweden, so oft schon Mistfälle hartnäckiger Epidemien, meldet Neuerkrankungen. Rumänien leidet noch immer unter den Ausläufern einer schweren Epidemie der letzten Jahre.

Man kennt diese ernste Krankheit, die sich mit Vorliebe kleine Kinder aussucht, noch nicht allzu lange. Erst vor neunzig Jahren erkannte ein Arzt in Cannstatt, Jacob von Heine, daß hier eine besondere Krankheit vorliegt, von allen anderen verschieden. Noch viel jünger ist die Erkenntnis, daß es sich um eine übertragbare, eine Infektionskrankheit handelt, deren Erreger vom Kranken zu den Gesunden wandert. Was aber das für ein Erreger ist, wie er eindringt und welche Wege er bevorzugt, bis er sich im zentralen Nervensystem krankmachend niederläßt, das ist auch heute noch ziemlich in Dunkel gehüllt. Wir wissen nur, daß man beim Affen diese Menschenkrankheit künstlich erzeugen kann; durch Affenversuche haben wir gelernt, daß der Krankheitserreger sich im Nasen- und Rachenstrahl, gelegentlich auch im Stuhl findet, daß er kleiner ist als die kleinsten bekannten Bakterienarten und daß er durch engporige Filterkerzen sich schlingelt. Wir wissen weiter, daß er größere Verbreitung hat als die Krankheit selbst, daß er sogar bei Gesunden gefunden wird und von diesen über weite Landstrecken befördert werden kann, ohne an Gefährlichkeit einzubüßen.

Zum Glück ist auch die Empfänglichkeit der meisten Menschen für diese Krankheit nicht sehr groß; wahrscheinlich werden Tugendangehörige, ehe ein Empfänglicher ernstlich erkrankt. Wir haben eine „Auslesekrankheit“ vor uns, die aus dem großen Menschenheere die wenigen Empfänglichen herausfindet. Daher die scheinbar vereinzelten, „sporadischen“ Fälle in normalen Zeiten, daher das „Springen“ der Epidemie über freibleibende Landesteile hinweg. Daher aber auch die Schwierigkeit zielbewusster Abwehr; denn nur selten erfolgt die Erkrankung durch direkte Ansteckung von einem anderen Kranken, viel häufiger stellen gesunde Keimträger die anstehenden Zwischenglieder dar. Unbelebte Gegenstände und Nahrungsmittel treten als Krankheitsübermittler ganz in den Hintergrund.

Die Krankheit beginnt mit Katarrhen der Luftwege, etwa eine Woche nach der vermutlichen Ansteckung. Fieber setzt ein, Magen- und Darmstörungen, Schläfrigkeit und Neigung zum Schweißen sind nicht selten. Dann folgt, oft ganz plötzlich, die Muskellähmung. Einzelne Gliedmaßen liegen schlaff da, können nicht mehr bewegt werden. Sind die Lähmungen sehr ausgebreitet, so können sie zum Tode führen. Bei anderen kehrt die Gebrauchsfähigkeit der Glieder allmählich wieder, selbst nach Jahresfrist. Prof. Dr. Seligmann, Berlin.

Obst vor dem Genuß abspülen.

Sicherlich ist nichts unangebrachter, als sich jeden Genuß durch übergroße Aengstlichkeit zu beeinträchtigen. Es gibt aber eine Reihe von Vorsichtsmaßnahmen, die ganz leicht zu befolgen sind und darum nicht lästig sind. Dazu gehört das Abspülen desjenigen Obstes, das der Regel nach mit der Schale gegessen wird, unmittelbar vor dem Verzehren. Also Kircheng- und Pfälmenarten, Weintrauben und dergleichen sollten immer erst unmittelbar vor dem Verspeisen kurz abgespült werden. Es genügt dazu, sie in ein Gefäß mit Wasser einzutauchen und darin ein paar mal hin- und herzubewegen. Nun weiß jede Hausfrau, daß gewaschenes Obst sich leider weniger gut hält als nicht gewaschenes. Darum bringe man das Obst ruhig ungewaschen auf den Tisch und Sorge nur dafür, daß jeder Tischgast ein geeignetes Gefäß mit frischem Wasser zur Verfügung hat. Schalen nach Art der Fingerpflüschalen oder auch große, weite Kelche Gläser sind das Geeignete hierfür und zieren sogar, richtig aufgebaut, die Tafel. So läßt sich die gesundheitsliche Forderung mit den Forderungen der Schönheit der Tafel und der Erhaltung der nicht verzehrten Früchte mühelos in Einklang bringen. Dr. Gerth.

Der Agitator.

Von

Michael Soschtschenko.

Grigorij Rossjonoff, Pförtner der Fliegerschule, wollte aufs Dorf verreisen, um dort seine Ferien zu verleben.

„Ja, Genosse Rossjonoff“, sagten die Freunde vor seiner Abreise, „wenn Sie schon verreisen, dann agitieren Sie ein wenig in jenem Dorf. Sagen Sie den Bauern, daß sich die Fliegerei, pastehste, entwickelt. Vielleicht sammeln die Bauern für einen Aeroplan.“

„Ihr könnt verächtlich sein“, sagte Rossjonoff, „daß ich tüchtig agitieren werde. Alles was recht ist — was aber die Fliegerei betrifft, da seid ohne Sorge, ich sage schon was!“

Im Herbst kam Rossjonoff ins Dorf. Gleich am ersten Tage begab er sich zum Dorffswjet.

„Ich habe den Wunsch“, sagte er, „etwas zu agitieren. Ich komme gewissermaßen aus der Stadt, kann man also vielleicht eine Versammlung veranstalten?“

„Warum nicht!“ antwortete der Vorsitzende. „Vielleicht gelingt es mir, einige Bauern zusammenzutrommeln.“

Am nächsten Tage versammelte der Vorsitzende die Landleute am Feuerwehrturm. Grigorij Rossjonoff ging ihnen entgegen, machte einen Bückling und begann, der Rede ungewohnt, schüchtern, mit zitternder Stimme zu sprechen.

„Nämlich... das ist so...“, sagte Rossjonoff, „die Fliegerei, Genossen vom Lande... Weil ihr, liebe Leute, unwissend seid, will ich... na ja... von Politik reden. Hier: ist, sagen wir, Deutschland, und hier die Stadt Cherson. Hier ist Rußland, und hier... überhaupt...“

„Wovon redest du eigentlich, Freundchen?“ fragten die Dörfler, weil sie den Sinn seiner Rede nicht verstanden.

„Wovon?“ tat Rossjonoff beleidigt. „Von der Fliegerei — pastehste. Das Flugwesen, pastehste, entwickelt sich. Hier ist Rußland — und hier: China.“

Mit finsterner Miene hörten die Bauern zu. „Quatsch nicht!“ rief jemand aus dem Hintergrunde.

„Ich quatsche nicht“, entgegnete Rossjonoff. „Ich spreche von der Fliegerei... Sie entwickelt sich, Genossen. Dagegen kann ich nichts sagen. Was ist, das ist. Das befreite ich nicht...“

„Dummes Zeug“, schrie der Vorsitzende, „geh doch, Genosse, näher an die Massen heran...“

Rossjonoff ging auf die Menge zu und begann wieder: „Na ja, Genossen-Bauern, das ist es... Man baut Koplane.

Die fliegen dann. So in der Luft. Na ja, mancher, wie bekannt, hält sich dort oben nicht — sauft in die Tiefe. So zum Exempel Genosse Jermilkin: er wollte fliegen — na ja, er flog, dann aber schlug er einen Purzelbaum, daß ihm die Kalbbaunen ausliefen...“

„Ist doch kein Vogel!“ riefen die Bauern dazwischen.

„Also meine ich“, sagte Rossjonoff erneut, „er war — wie bekannt — kein Vogel. Ein Vogel fällt... schüttelt seine Flügel, als ob ihm nichts passiert wäre, und fliegt weiter. Aber unsereiner... ja Kuchen! Der andere ist auch ein Flieger, Genosse Swantitsch Poplow. Los ins Blaue, schön — nett — da: Motor kaputt... Der Flieger — ha, wie der purzelt...“

„Na, und dann?“ fragten die Bauern.

„Wahrhaftig! Und ein anderer stürzte in eine Baumkrone, wurde aufgespießt. So hängt er droben, der Arme... schüttelt, rüttelt sich, will sich befreien. — Ja, es kommt schon allerhand vor... Ein andermal geriet eine Kuh unter den Propeller. Einzwei war sie zu Brei gehakt. Wo da die Hörner blieben, wo der Bauch — das konnte man unmöglich erkennen... Auch Hunde werden manchmal vom Propeller gepackt.“

„Auch Pferde?“ wollten die Bauern wissen. „Sag: fallen die Pferde, mein Lieber, auch hinein?“

„Natürlich, auch Pferde“, entgegnete Rossjonoff, „das ist klar.“

„Hat dir, du Döstopf“, rief jemand, „ein Köter die Schnauze beleckt? Ist das ein Schwindel! So die Pferde auszuweiden... Und was, mein Lieber, entwickelt sich eigentlich?“

„Ich sagte doch schon“, bemerkte Rossjonoff, „sie entwickeln sich, liebe Genossen vom Lande... Ihr — dieser und jener — müßt nun zusammenkommen und etwas opfern.“

„Und wofür, mein Lieber, sollen wir opfern?“ fragten die Bauern.

„Für einen Aeroplan“, erwiderte Rossjonoff.

Mit dumpfem Gelächter gingen die Bauern dann auseinander.

Deutsch von Victor Kalinowski.

Daran gehen so viele Ehen in die Brüche, daß einer den andern drängen und zwingen will, zu denken und zu tun wie er selbst. Ich meine im Gegenteil, man muß den andern in seinem Eigenen, wenn es nicht gar zu unklug ist, bestärken, damit man doch einen ganzen Menschen neben sich habe. Freussen.

Der eiserne Vogel.

Von

A. Ssorokin.

Mitim, Sohn des Kirgisen Sapirgaj, der beste Schütze der Steppe, schloß einen noch nie gesehenen eisernen Vogel ab. Und das kam so:

Mitim ritt auf seinem salben Roß durch die Steppe; hinterdrein lief sein Hund Mado. Mitim ließ seinen Blick am blauen Himmel schweifen: im scharfen Dreieck zogen dort Kraniche daher, schreiend flogen sie fernern Ländern entgegen. Da gewahrte Mitim droben am Himmel noch einen Vogel, der krächzend seinen Schnabel in ständiger Drehung bewegte. Der Vogel sank immer tiefer. Es war ein Riesenvogel, größer als eine Turte, das kirgische Zelt. In seinen runden Fängen hielt der Vogel zwei Menschen.

Mitim hob die Flinte und schloß. Plötzlich stieß der Vogel einen langgezogenen Schrei aus. Kochender Eiter ergoß sich klatschend auf die Steppe. Krachend fiel der Vogel zur Erde nieder. Eine lodende Flamme verzehrte sein Gefieder, rundum drehte sich sein Schnabel. Ringsum glutete eine Hitze, daß es unmöglich war, sich ihm zu nähern. Plötzlich stieß der Vogel einen scharfen, fürchterlichen Schrei aus, eine Rauchsäule schloß aus seiner Brust und seine Federn stoben in alle Richtungen auseinander. — So starb der unbekannte Vogel.

Mitim trat näher heran und wunderte sich: des Vogels Eingeweide bestand aus Eisen, das Herz hatte acht Endungen, während in den runden Fängen zwei tote Menschen hingen. Mitim wunderte sich, es staunte auch die anderen Kirgisen, die von ferne herkamen, um den leblosen Vogel zu sehen.

Später erschienen die Kosaken des Kosakenhauptmanns Dutow. Als sie den eisernen Vogel erblickten, fragten sie: „Woher kam der Vogel geflogen? Wer hat ihn abgeschossen?“

„Befegnet sei Allah“, erwiderten die Kirgisen, „diesen Vogel holte der Schütze Mitim, Sapirgaj's Sohn, herunter!“

Die Kosaken untersuchten eingehend den Vogel und sagten: „Das ist eins unserer Flugzeuge, du aber wirst erschossen!“

Und vor den Augen des Vaters Sapirgaj — vor den Augen der Mutter Kassaina erschossen sie seinen und ihren Sohn Mitim, plünderten das Wohnzelt und überließen es den Flammen. Bald war die Steppe ein Flammenmeer, das Feuer wälzte sich rasend dem Tschirfluß entgegen, hoch wogte die Flammenfäule, während der Rauch wie eine schwarzweiße Wolke bis zum Himmel stieg... Deutsch von Victor Kalinowski.

Verbandstreffen.

Geschäftsstelle St. Wendel.

Die am 24. August in St. Wendel stattgefundene Geschäftsstellentagung war gut besucht. Es erhielt zum ersten Punkt der Tagesordnung der Kamerad K e i n e r t (Oberkirchen) das Wort zur Berichterstattung über die Breslauer Generalversammlung. Er schilderte ihren Verlauf und Erfolg. Insbesondere schätzte er die Forderungen unseres Verbandstages in bezug auf Sozialversicherung, Bergarbeiterchutz usw. heraus. Der Bericht fand allseitige Zustimmung der Delegierten.

Dann sprach der Geschäftsführer Kamerad H o f f m a n n über die allgemeine Lage. In längeren Ausführungen wurde die Gesamtwirtschaftslage einer kritischen Betrachtung unterzogen. Ausgehend von der Weltwirtschaftskrise, beschäftigte sich der Referent mit der Situation in Deutschland und im Saargebiet. Auf eine Menge guten Zahlenmaterials gestützt, konnte Kamerad Hoffmann seine Ausführungen belegen. Die seit mehr als einem halben Jahre zum Ausbruch gekommene Wirtschaftskrise macht sich sehr stark im Bergbau bemerkbar. In solchen Krisenzeiten verliert das Unternehmertum, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter zu verschlechtern. Eingehend beschäftigte sich der Referent mit der Preisentwertungsaktion der Regierung Brüning und den Absichten des Unternehmertums, Preisabbau und Lohnabbau miteinander zu verbinden. Er ging ein auf die verschiedenen Theorien, die hierzu aufgestellt werden, von denen aber keine den Arbeitern nützen kann. Für die Arbeiterklasse kann nur maßgebend sein die Aufrechterhaltung der Reallohnkraft. Gegen eine Preisentwertung, die im allgemeinen vom Unternehmertum getragen werden kann, ist nichts einzuwenden. Die Industrie sei weitestgehend durchrationalisiert, dasselbe sei auch für den Handel erforderlich. Als Ausfluß der Reaktion und der Offensive des Unternehmertums ist die Abänderung des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung (Krankenversicherung) seitens der Regierungskommission zu betrachten. Eingehend befaßte sich Kamerad Hoffmann mit diesem Verschlechterungswerk. Durch diese Doktor-Eisenbart-Kur werde die Krankenversicherung nicht reformiert. Die Saarbergarbeiter protestieren entschieden gegen diese Methode und verlangen die Aufhebung der Verordnung.

Die A u s s p r a c h e war sehr sachlich. Immer wieder wurde die Krankenkassenverschlechterung der Saar- und die Arbeitslosenverschlechterung der Brüning-Regierung kritisiert. Verschiedene Redner befaßten sich mit der Arbeitsbeschaffung im Randgebiet und mit der Notwendigkeit, die Krisenfürsorge für die in absehbarer Zeit ausgesteuerten Bergarbeiter sicherzustellen.

Nachstehende E n t s c h l i e ß u n g gelangte zur Annahme:

„Die am 24. August d. J. in St. Wendel tagende Konferenz der Funktionäre des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands richtet an die Birkenfelder Regierung den dringenden Appell, mit aller Energie bei der Reichsregierung dahin zu arbeiten, daß für die entlassenen Saarbergarbeiter so bald wie möglich Arbeitsgelegenheit beschafft wird. Ganz besonders weist die Konferenz erneut wieder auf den Bahnbau Türkismühle-Kufel hin und erwartet, daß nichts unversucht bleibt, um dieses Projekt zur Durchführung zu bringen, da dieser Bau auf Jahre hinaus Arbeitsmöglichkeit für mehrere hundert Arbeiter geben würde. Des weiteren wird darauf hingewiesen, daß betreffend Gewährung der Krisenunterstützung jetzt schon die notwendigen Vorarbeiten erledigt werden müssen, damit bei Ablauf der Arbeitslosenunterstützung keine Unterbrechung im Bezug der Leistungen eintritt.“

Geschäftsstelle Illingen.

In der östlichen Ecke des Bezirks, im hochgelegenen D ö r s d o r f, fanden sich die Delegierten des Bezirks Illingen am 24. August zusammen, um Rückblick und Auschau zu halten.

Den Geschäftsbericht erstattete Kamerad B e r n a r d i n g. Er führte u. a. aus: Unsere letzte Jahreskonferenz fand am 2. Februar d. J. in H o l z statt. Dort konnte ich berichten, daß das Jahr 1929 günstiger war als die Krisenjahre 1927 und 1928. Mit Anfang des Jahres 1930 machte sich wieder eine Krise bemerkbar, die viele Feierschichten im Gefolge hatte. Weiter kündigte die Verwaltung die Entlassung von mehreren hundert Mann an. Die Organisationen erklärten, daß die Belegschaft sich solidarisch erkläre und lieber noch die notwendigen Feierschichten hinnehme, als daß ein Teil der Belegschaft entlassen werden sollte. Die Verwaltung lehnte die Vorschläge der Organisationen ab. Es wurden 1400 Mann ab 1. Juni 1930 entlassen. Nachdem der Redner noch eingehend zur inneren Verwaltungsarbeit im Bezirk und zur Mitgliederbewegung Stellung nahm, gab er der Hoffnung Ausdruck, daß der Winter dazu benutzt werden möge, um den Verband nicht nur finanziell, sondern auch zahlenmäßig zu stärken. Den Ausführungen wurde lebhafter Beifall gezollt.

Den Bericht über die Generalversammlung in Breslau erstattete Kamerad K a r l J o c h u m (Gemmweiler). Seine einstündigen Ausführungen wurden mit großem Interesse verfolgt.

Hierauf ergriff unser Bezirksleiter, Kamerad S c h w a r z, das Wort, um zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Stellung zu nehmen. Es war für die Delegierten ein seltenes Erlebnis. Seine Ausführungen wurden des öfteren durch stürmischen Beifall unterbrochen, besonders an den Stellen, wo er mit den Leuten abrechnete, die die Saargruben an das Privatkapital verschachern wollten, und wo er die unsoziale, reaktionäre Stellungnahme der Regierungskommission in der Verordnung vom 15. Juli d. J. einer kritischen Betrachtung unterzog.

Folgende E n t s c h l i e ß u n g fand einstimmige Annahme: „Die am 24. August 1930 in Dörsdorf im Lokale Johann tagende Bezirkskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Geschäftsstelle Illingen, nimmt zu der Verordnung der Regierungskommission vom 15. Juli 1930 betreffend Aenderung der Krankenversicherung Stellung und legt ihre Auffassung in folgender Entschliebung fest:

Die Verordnung der Regierungskommission stellt, als Ganzes betrachtet, eine wesentliche Verschlechterung der bisherigen krankengesetzlichen Bestimmungen dar. Die Konferenz ist der Auffassung, daß zu einer derartigen Verschlechterung dieses wichtigen Versicherungszweiges, der den hohen menschlichen Zweck verfolgt, dem Arbeitnehmer durch erträgliche Beitragszahlungen das schwere wirtschaftliche Risiko der Erkrankung abzunehmen, keine Ursache vorlag, daß ferner diese Verschlechterung zur Zeit der jetzigen Wirtschaftskrise von der Arbeitergemeinschaft als eine neue harte und ungerechte Belastung empfunden und daß seitens der Regierungskommission etwa hiernit geplante Angleichung an reichsgesetzliche Bestrebungen, deren Ursache allein in besonderen politischen und reichsfinanziellen Umständen begründet ist, angesichts des sozialpolitischen Rückstandes des Saargebiets gegenüber dem Reich auf anderen Gebieten als eine überreizte, vollkommen deplazierte und unsoziale Maßnahme bezeichnet werden muß.

Die Konferenz spricht sich aufs schärfste gegen diese Verschlechterung der Krankenversicherung aus und ersucht die Bezirksleitung Saarbrücken, sich bei der Regierungskommission für die Beseitigung derselben und für einen weiteren Ausbau der Krankenversicherung sowie der übrigen rückständigen Zweige der Sozialpolitik mit aller Entschiedenheit einsetzen zu wollen.

Weiter fordert die Konferenz von der Reichsregierung, daß für die sog. Saargrenzgänger die Saargängerunterstützung im jetzigen Umfang aufrechterhalten bleibt bis zum Tage, an dem die Saargrenzgänger in den Genuß der deutschen sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gesetzgebung gelangen. Um dies alles erfolgreich erwirken zu können, ist ein starker deutscher Bergbauindustriearbeiterverband an der Saar erste Voraussetzung. Die Verwirklichung all dieser Forderungen wird nur durch die Organisation erreicht. Diefür rufft die Konferenz alle Saarbergarbeiter auf, soweit sie nicht der Organisation angehören, unverzüglich ihren Beitritt zu erklären, um so in Reich und Glied für soziale Rechte in der Wirtschaft und im Staate mitzukämpfen.

Die Konferenz erkennt an, daß die Bezirksleitung im Interesse ihrer Mitglieder gearbeitet und alles versucht hat, eine Besserung der sozialen arbeitsrechtlichen und lohnpolitischen Verhältnisse zu erreichen. Die Konferenz spricht der Bezirksleitung ihr Vertrauen aus.“

Geschäftsstelle Bad Salungen.

Die Geschäftsstelle Salungen hielt am 31. August im Restaurant „Zum Rhönblick“ ihre Halbjahreskonferenz ab. Kamerad B e r g eröffnete die Konferenz und gedachte der verstorbenen Kameraden und der Verunglückten auf der Wenzeslausgrube bei Neurode.

Kamerad K a g m a n n gab den Geschäftsbericht. Aus den Abrechnungen ging hervor, daß die Mitgliederzahl, von kleineren Schwankungen abgesehen, dieselbe geblieben ist. Bezüglich der Lohnstapel und des Mehrarbeitsabkommens werden die am Tarifvertrag beteiligten Verbände im Oktober erneut zusammenzutreten. Ferner berichteten die Kameraden K a g m a n n und D z i e m i n s k i über den Verlauf der Generalversammlung in Breslau, Kamerad W o l f r a m (Halle) über den Mansfelder Streik. Hierauf sprach Kamerad K a g m a n n über die Aufgaben der Betriebsräte. Hervorhebend, daß die Betriebsräte ihrer Aufgabe nur gewachsen sind, wenn sie die fraglichen Gesetze beherrschen, ging er auf die vielen Entlassungen im Revier ein. Unter allen Umständen müßten die §§ 84 und 87 BRG. wahrgenommen werden. Der vorgeschriebene Weg sowie die bestimmten Fristen müßten innegehalten werden. Da das Arbeitsgericht ebenfalls ein sehr wichtiges Kapitel ist, haben sich die Betriebsräte für das Arbeitsgerichtsgezet zu interessieren und es zu studieren, denn Wissen ist Macht. Nur durch gute Schulung der Funktionäre können diese der Belegschaft und dem Verband gute Dienste leisten.

Aus dem Ruhrgebiet.

Der Schiedsspruch verbindlich erklärt.

Der Schiedsspruch für den Ruhrbergbau ist als verbindlich erklärt. Danach bleiben die bisherigen Löhne im Ruhrbergbau unverändert. Der neue Tarif läuft jedoch nur bis 31. Dezember 1930. Es ist damit zu rechnen, daß die Zeichenbesitzer diese Gelegenheit wahrnehmen und zu diesem Zeitpunkt einen neuen Vorstoß auf Lohnabbau unternehmen. Die Ruhrbergleute müssen sich darauf einstellen und dafür sorgen, daß wir stark genug werden, diese Absicht zu durchkreuzen. Nicht Lohnabbau darf die Forderung werden, sondern Lohnaufbau!

In Sachen Biefang.

Wir haben in Nr. 36 der „Bergbau-Industrie“ einen Artikel gebracht, der sich mit den Vorstrafen des Herrn B i e f a n g, früherer Verbandsmitglied, jetzt Redakteur am „Ruhr-Echo“ und Organisator in der Roten Gewerkschaftsopposition, beschäftigte. Diese Veröffentlichung hat bei der kommunistischen Presse unglaubliche Beschimpfungen und Verleumdungen, besonders unseres Kameraden L i m b e r g, ausgelöst. Wir haben schon durch Limberg in der Tagespresse erklären lassen, daß wir selbstverständlich bereit sind, etwaige Unrichtigkeiten in unserem Artikel bebauernd zu berichtigen. Limberg hat sich weiter erboten, mit B i e f a n g z u s a m m e n in die Strafakten zu nehmen, um die Wahrheit festzustellen. Biefang hat in der kommunistischen Presse seinen Militärpaß, eine Seite aus seinem Arbeitsbuch und ein polizeiliches Führungszeugnis abgedruckt, um zu beweisen, daß er nur wegen Diebstahls bestraft sei. D a s b e w e i s t n a t ü r l i c h g a r n i c h t s, denn im Militärpaß sind keine Zivilstrafen verzeichnet und im Führungszeugnis nur neue Strafen aus der Zeit, in welcher der Betreffende an dem betreffenden Ort wohnte.

Es wäre natürlich ein Skandal, wenn die Strafakten über Biefang Falsches enthielten.

Der Auszug aus dem Strafregister des Landgerichts Cleve befaßt folgendes:

Familienname (bei Frauen auch Geburtsname): Biefang
 Vornamen (Namen zu unterstreichen): Johann
 Vor- und Familien-(Geburts-)Name des (bzw. früheren) Ehegatten: Helene Dolleck
 Des Vaters Vor- und Familienname: Bernhard Biefang
 Der Mutter Vor- und Geburtsname: Aletta geb. Hastermann
 Geburtstag: 2. Monat: 9. — Jahr: 1893. — Geburtsort, Gemeinde: Mörs, evtl. Stadtteil: Straße: Verwaltungsbereich: Mörs. — Landgerichtsbezirk: Cleve. — Land: Preußen.
 Wohnort: Essen, evtl. letzter Aufenthalt: Wegmannstr. 3
 Stand (Beruf, Gewerbe): Redakteur.

Im Strafregister sind folgende Verurteilungen vermerkt:
 1. am 4. 5. 1914 durch Straft. Cleve 2 J 312/14 wegen schweren Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis.
 2. am 23. 2. 15 durch Schöffengericht Mörs 3 D 36/15 wegen Sachbeschädigung zu 3 Tagen Gefängnis.
 3. am 4. 2. 15 durch Straft. Cleve St. A. Cleve 2 J 9/15 wegen schw. Diebstahls zu 7 Mon. Gefängnis.
 4. am 12. 5. 15 durch Schöffengericht Eibersfeld 3 D 65/15 wegen Hehlerei zu 3 Wochen Gefängnis.

Geschäftsstelle Schaumburg-Lippe.

Am 17. August fand in Schaumburg eine Konferenz der Vertrauensleute und Betriebsräte des Lokalbezirks Schaumburg-Lippe unseres Verbandes statt. Kamerad B o d e referierte über die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage. Er zeigte die schweren Auswüchse in der Wirtschaftskrise und versuchte, deren Ursache herauszustellen. Insbesondere glaubt er die Ursache darin zu sehen, daß die Unternehmer stets bemüht seien, die Löhne niedrig und die Preise hoch zu halten. Leider findet diese Politik auch zur Zeit die Unterstützung der Regierung. Da müsse das Signal für die Arbeiterschaft sein, sich ihrerseits reiflos zu sammeln, um eine andere Politik zu erzwingen. Das gelte besonders für die Bergarbeiter. Massenentlassungen und Feterschichten seien das Kennzeichen der wirtschaftlichen Situation im Bergbau. Hier müsse man viel mit der Willkür der Unternehmer rechnen, die nur gebrochen werden könnte, wenn der Bergbauindustriearbeiterverband von der Arbeiterschaft genügend unterstützt würde.

In der A u s s p r a c h e wurden die Darlegungen Bodes von allen Anwesenden anerkannt und unterstützt. Die Konferenz gelobte, alles zu tun, damit der Verband stark genug wird, um noch wirksamer als bisher die Interessen der Bergarbeiter verteidigen zu können.

Bezirk Zeitz.

Am 7. September fand im Zeitzer „Tiergartenhof“ eine wichtige Bezirkskonferenz der Bergbaufunktionäre statt. Kamerad August S c h m i d t (Bochum) beschäftigte sich eingehend mit dem Bergarbeitsgesetz, das schon vom Reichsarbeitsminister Brauns (Zentrum) eingebracht, aber bis heute vom Reichstag noch nicht verabschiedet worden ist. Schmidt erläuterte die einzelnen Paragraphen und bemerkte, daß mit vielen Bestimmungen die Bergarbeitervertreter sich nicht einverstanden erklären können. Ihre Abänderungsanträge im Sozialpolitischen Ausschuß sind von der bürgerlichen Mehrheit in den meisten Fällen abgelehnt worden. Sehr eingehend befaßte er sich mit den in diesem Gesetz vorgesehenen Arbeitszeitbestimmungen. Bei dieser Gelegenheit schilderte Schmidt die schwierigen internationalen Verhandlungen über die Arbeitszeit im Bergbau.

Die Stellungnahme zum Manteltarif und zum Mehrarbeitsabkommen legte Kamerad W e i d a r t klar. Er bemerkte, daß vorläufig von einer Kündigung des Manteltarifs und Mehrarbeitsabkommens abgesehen werden soll. Es wurde beschlossen, im Oktober erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten schloß Kamerad Weidart die sachlich verlaufene Konferenz.

Anschließend fand eine Ehrung des Kameraden W e i d a r t: anlässlich seines 25jährigen Angestelltenjubiläums statt. Kamerad Schmidt überbrachte die herzlichsten Glückwünsche vom Hauptvorstand und wünschte, daß der nun über vierzig Jahre für die Bergarbeiterbewegung wirkende Subilar der Bergarbeiterbewegung noch recht lange erhalten bleiben möge.

Durch Beschluß des Landgerichts Cleve vom 14. 6. 15 sind die Strafen zu 3 und 4 auf eine Gesamtstrafe von 7 Mon. und 2 Wochen Gefängnis zurückgeführt worden.

- am 21. 8. 16 durch Bericht der stellvert. Inf.-Brigade nach Mitteilung der Gefahrsadron Inf.-Rgt. 11 Neuhaus i. W. 3728 weg. einf. unerlaubter Entfernung, Selbstbefreiung, Diebstahls i. R., Preisgabe von Dienstgegenständen und Mundsraubs zu 3 Jahren Gefängnis, 6 Wochen Haft, 2. Kl. des Soldatenstandes, 3 Jahren Ehrverlust.
- am 17. 9. 19 durch Bericht der stellvert. 35. Infanterie-Brigade Flensburg, St. P. 2. III f 310/17 wegen Rückfall-diebstahls zu 5 Mon. Gefängnis und Bef. i. d. 2. Kl. des Soldatenstandes.
- am 11. 9. 23 durch Sch.-Gericht Charlottenburg 20 D 199/23 weg. unerlaubter Entfernung von der Truppe und Unterschlagung von auf Grund der Dienstverhältnisse anvertrauten Sachen zu 16 Tagen Gefg. Strafe ist durch Beschluß des U. G. Charlottenburg vom 6. 5. 29 erlassen.
- am 5. 8. 25 durch Schöffengericht Duisburg St. A. Duisburg 2 J 1458/25 wegen Zollhinterziehung und Preistreiberi zu 2095,20 Mk. eventl. für je 50 Mk. 1 Tag Gefängnis. Durch Erlass des Staatsministeriums v. 16. 3. 29 ist die Geldstrafe und die Gefängnisstrafe erlassen.
- am 31. 10. 28 durch U. G. Duisburg 3 a D 511/28 wegen Übertretung (Nichtaufnahme einer Berichtigung) § 11 des Preßgesetzes zu 30 RM. eventl. 6 Tagen Haft.
- am 30. 10. 29 durch Schöffengericht Duisburg weg. Beleidigung zu 100 RM. ev. 10 Tagen Gefängnis.
- am 13. 1. 30 durch U. G. Duisburg weg. Beleidigung zu 100 RM. ev. 20 Tagen Haft.
- am 8. 2. 30 durch Schöffengericht II Duisburg wegen Widerstandes und Bergehen geg. das Preßgesetz zu 50 RM. ev. 5 Tagen Gefängnis.

Nach dem im „Ruhr-Echo“ veröffentlichten Führungszeugnis hat Biefang noch zwei weitere Strafen erlitten, und zwar eine noch am 8. Februar 1930 am gleichen Tage, wie er schon zu 12 bestraft wurde, und eine am 23. Mai 1930. Er ist also insgesamt, soweit bekannt, vierzehnmal vorbestraft.

Der vorstehende Strafauszug ist wörtlich genau.

Biefang hat sich in einer Versammlung in Rheinhausen-Deffrich am 10. September einverstanden erklärt, die gemeinsame Prüfung der Strafakten vorzunehmen. Wir warten darauf, daß er dies veranlaßt, da wir ja kein Recht haben, unsererseits die Vorlegung dieser Akten zu verlangen. Sollte sich dabei herausstellen, daß die Akten entehrende Strafen enthalten, die über Biefang nicht verhängt wurden, so würden wir nicht nur Biefang jede Genugtuung geben, sondern auch Schritte unternehmen gegen falsche Strafakten, die dann eine unglaubliche Herabsetzung ehrlicher Leute bedeuten würden.

Vom Fürjorgendienst in Westfalen.

Die Not im deutschen Arbeitervolk ist groß. Wer nicht gerade arbeitslos auf der Straße liegt, leidet unter Kurzarbeit und Feterschichten. So kommt es, daß Bergarbeiter im Ruhrgebiet mit 120 bis 140 Mark Monatslohn haushalten müssen.

Daß darunter die Familie leiden muß, ist klar. In erster Linie trifft das die kinderreichen Familien. Hier muß schon an den Ausgaben für die Kleinsten gespart werden. So wird oft schon in dem jungen Körper Siedtum und Gebrechlichkeit gezüchtet.

Gleich schwer leiden auch die Frauen solcher Familien. Die Frau entragt oft doppelt, um den geliebten Kindern helfen zu können. Das bringt manchmal die schwersten Folgen. Schlechende Krankheiten und Siedtum beginnen den Körper zu ver-

zählen. Damit schwindet auch Lebensfreude, Frohsinn und Glück in der Familie. Zur körperlichen Verelendung gesellt sich dann immer mehr auch der ethische Zerfall.

Allgemein läßt sich all das nicht leicht bekämpfen. Das wirksamste Mittel ist die Selbsthilfe der Arbeiter in ihrer Berufsorganisation. Wir kämpfen ja ständig im Verband für die Hebung der sozialen Lage unserer Bergarbeiter.

Daneben aber gibt es auch noch andere Hilfsmöglichkeiten für einzelne, besonders kranke Fälle. Hierzu gehört der Landesfürsorgedienst. Auch die Provinz Westfalen hat einen solchen Fürsorgedienst. Er wird ausgeübt vom Landesfürsorgeverband der Provinz Westfalen.

Dieser Fürsorgedienst ist nicht allen Arbeitern bekannt. Und gerade die ärmsten Familien sind nicht darüber im Bilde. Hier müssen unsere Funktionäre aufklärend wirken. Jede Kommunalverwaltung kann darüber erschöpfend Auskunft geben. Mußt deshalb diese Möglichkeit der Notlinderung nach Kräften ausnützen.

Ueber den Fürsorgedienst an sich; in der Provinz Westfalen geben nachstehende Zahlen einen kleinen Ueberblick:

Nach einem Bericht des Direktors Dr. Wolters sind vom Landesfürsorgeverband der Provinz Westfalen in der Zeit vom 1. April 1929 bis 31. März 1930 insgesamt 14 710 Kinder und 512 Jugendliche in Heil- und Erholungsfürsorge untergebracht worden. Den Kindern standen 61 Heime zur Verfügung. Darunter befanden sich 17 Heime für tuberkulöse Kinder, 18 Heime in Nord- und Ostseebädern, 13 Heime für solbabbedürftige Kinder, 4 Heime für Höhenluftkuren u. a.

Bestand in früheren Jahren ein besonderer Zug nach den Seebädern, so ist im vergangenen Jahre eine Rückwanderung nach den Solbädern erfolgt. Während 2817 Kinder in Nordseebädern und 2565 in Ostseebädern untergebracht wurden, sind 4601 Kinder in Solbädern geschickt worden. Die Heime für Höhenluftkuren wurden bei 1232 Kindern für die Erholung bevorzugt.

Winterturen sind in stärkerem Maße als früher durchgeführt worden. Die Kurergebnisse lauten relativ günstig. Die durchschnittliche Gewichtszunahme betrug 2,4 Kilogramm, die Zunahme des Brustumfangs 1,75 Zentimeter. Leider scheitert, so berichtet Dr. Wolters, der so dringend notwendige Ausbau der Jugendgesundheitsfürsorge zum Teil an der Schwierigkeit, für die Jugendlichen den erforderlichen Urlaub zu erhalten.

Solange nicht ein gesetzlicher Anspruch auf Urlaub für Jugendliche besteht, wird es noch dazu bei der jetzigen Knappheit der Mittel schwer halten, die Erholungsfürsorge für die Jugend wirksam zu beleben. Die Entsendung der Kleinkinder wiederum stößt oft dadurch auf große Schwierigkeiten, daß sich die Eltern ungern von ihren kleinen, noch hilflosen Kindern trennen.

Der Landesfürsorgeverband der Provinz Westfalen hat auch im vergangenen Rechnungsjahre insgesamt 702 kinderreichen Mütter und 95 Kleinkindern eine Erholung zuteil werden lassen. Bei der heutigen Knappheit der Mittel ist diese ansehnliche Zahl ein erfreuliches Ergebnis der westfälischen Erholungsfürsorge. Wir sind zwar der Auffassung, daß bei gutem Willen bedeutend mehr Mittel für diesen Fürsorgedienst freigemacht werden könnten.

Es beteiligten sich im Regierungsbezirk Münster 17 Bezirksfürsorgeverbände mit 267 Personen, im Regierungsbezirk Minden 9 Bezirksfürsorgeverbände mit 85 Personen und im Regierungsbezirk Arnberg 24 Bezirksfürsorgeverbände mit 544 Personen. Der Landesfürsorgeverband hat zu den 70 000 M. betragenden Gesamtuntkosten einen Zuschuß von rund 33 000 M. gegeben.

Sein 70. Lebensjahr

vollendete am 1. September 1930 unser Kamerad Heinrich Nordfiek, Zahlstelle Mülheim II. Er gehört auch zu den Mitbegründern unseres Verbandes. Wir wünschen dem alten Kämpfer noch lange Jahre froher Mitarbeit in unseren Reihen!

Aus Mitteldeutschland.

Vom Oberntirchner Wert.

Eine ganz eigenartige Methode, Gedinge abzuschließen, hat sich hier in der letzten Zeit herausgebildet. Weil durch die Inflation alles Geld verloren ging, glaubten die Kameraden, durch Herausgabe all ihrer Kräfte, durch Raubbau an ihrer Gesundheit im wahren Sinne des Wortes sowie herausarbeiten zu können, daß sie wirtschaftlich wieder etwas besser gestellt würden. Die Wertleistung unterstützte dies natürlich in ausgiebigstem Maße durch hohe Prämienfänge. So ging es eine ganze Weile, bis sich bittere Folgen einstellten. Die Kumpels hatten durch Husten und Jagen, durch Außerachtlassen der Unfallvorschriften usw. die Gedingleistung bis auf den Höhepunkt getrieben. Dann verfragten die Kräfte, ganz langsam ging es wieder bergab. Doch aus war es jetzt mit der Prämie, aus mit den Gedingefängen, die bei normaler Arbeitsleistung vollzogen werden konnten. Unerbittlich wurden diese Sätze reduziert.

Noch viel schlimmer glaubt es aber der Bergverwalter Maerz, ebenso sein Gehilfe auf W. F. L. Steiger R. r. o. m. e. r., bei Neuabschlüssen von Bedingungen treiben zu können. Diese beiden Herren, vorbildlich in ihrer arbeitnehmer-, „freundlichen“ Gefinnung, setzen einfach ohne Einverständnis der Kameradschaft Gedingefänge fest, die nicht zu erreichen sind, unter der Drohung, daß die Wertleistung bei Nichterfüllung des Gedingefanges die härteste Strafe anwenden, sogar vor der Kündigung nicht zurückschrecken würde. Daß nach der Arbeitsordnung Gedinge bis zum 10. jeden Monats abgeschlossen werden müssen, wird auch nicht mehr beachtet. Bergverwalter Maerz gibt einfach ohne Einverständnis der Kameradschaft den Gedingezettel heraus und will sich nachher wundern, wenn das viel zu hoch angelegte Gedinge nicht erreicht wird, er dann aber, ohne sich bei seinem Vorgehen zu blamieren, die Gedinge schlecht wieder herabsetzen kann. Dann kommt dieser „biedere Herr“ mit allerlei Schmeicheleien für die Kumpels; indirekt bezeichnet Bergverwalter Maerz die Kumpels unter solchen Umständen dann noch als Faulpelze. So sieht es heute aus, Kameraden! Zu spät habt ihr erkannt, daß ihr dem Arbeitgeber in den letzten Jahren auf den Leim gegangen seid. Gern hat man euch eine kurze Zeit von dem Honig naschen lassen, jetzt zeigt man euch die Rehrseite der Medaille. Darum muß die Parole sein: Hinein in den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands bis auf den letzten Mann, denn nur eine starke Organisation kann euch in Zukunft vor solchen Schäden bewahren!

Aus dem Saargebiet.

Die Saargruben im ersten Halbjahr 1930.

Die Kohlenkrise hat Anfang des Jahres 1930 auch den Saarbergbau erfaßt, trotzdem die Gruben zur Zeit dem größten Kohleneinfuhrland Europas, dem französischen Staat, gehören. 32 Mill. To. Brennstoffe, darunter 24 Mill. To. Steinkohle, hat Frankreich 1929 eingeführt. Dasselbe Frankreich ist jedoch nicht in der Lage, auch nur eine Million Tonnen Saarkohle über die durchschnittliche bisher bezogene Menge, welche zwischen 4 bis 4,5 Mill. To. betrug, abzunehmen, um dadurch Feierschichten zu vermeiden.

Die Generaldirektion der Saargruben sowie der zuständige Minister der öffentlichen Arbeiten haben diesbezüglichen Anträgen der Gewerkschaften nicht entsprochen. Die sogenannte Abfahrtskrise im Saarbergbau soll nach den bekannten Unternehmerrezepten durch Feierschichten und Abbau der Belegschaften behoben werden. Im ersten Halbjahr 1930 wurden sechs Feierschichten eingelegt, welche bis Ende August auf zehn angewachsen sind. 14 Mill. Fr. haben die Bergarbeiter im ersten Halbjahr weniger an Lohn erhalten. Die Verminderung des Lohnneinkommens hat gewiß nicht zur Hebung der Krise beigetragen, da die Kaufkraft der Bergarbeiter um diese Summe geschwächt wurde. Auch der Abfuhr nach Deutschland zeigte eine bemerkenswerte Verminderung gegenüber den Vorjahren. Die Belegschaftsziffer betrug im Januar noch 60 809, Ende Juni 58 315. Um 2494 Arbeiter hat sich dieselbe im ersten Halbjahr 1930 weiter verringert. Die Belegschaftsziffer der staatlichen Saargruben wird von dem Oberbergamt mit 55 602 angegeben. Die übrigen 2700 entfallen auf die Privatgruben Frankreichs.

Die Rationalisierung der Saargruben zeigt sich in der Förderung und den Belegschaftsziffern. Im Jahre 1924 förderten die Saargruben mit 74 900 Arbeitern 13,6 Mill. To. Kohle. Im Jahre 1929 betrug bei einer Belegschaft von 60 793 die Förderung 13,5 Mill. To. Ein Abbau von 22 Prozent der Belegschaft innerhalb fünf Jahren und dabei dieselbe Förderziffer! Die Kopfleistung, welche im Jahre 1924 708 Kg. betrug, ist im Jahre 1929 auf 834 und im ersten Halbjahr 1930 auf 881 Kg. gestiegen. Durch die Abfuhrstopps haben sich die Haldenbestände von 88 000 To. im Januar auf 270 000 To. Ende Juni erhöht. Der Haldenbestand ist gleich der Fördermenge von sechs Förderstufen.

Die amtlich ermittelten Bedingehauertlöhne weisen im 2. Vierteljahr gegenüber dem 1. Vierteljahr einen Rückgang von 1 Fr. auf, ein Beweis, daß durch die Bedingereduzierung die Grubenverwaltung den Löhnen eine rückläufige Tendenz gegeben hat.

Trotz Feierschichten und Belegschaftsabbau betrug die Förderung insgesamt in den ersten sechs Monaten des Jahres 6,9 Mill. To., so daß auch im Jahre 1930 die Förderziffer von mehr als 13 Mill. To. erreicht wird.

Förderung, Leistung und Arbeitstage.

1930	Staatsgruben To.	Frankenholz To.	Förderung insgesamt To.	Kohleproduktion To.	Durchschnittl. Tagesleistung To.	Leistung pro Kopf kg	Zahl der Arbeitstage
Januar	1 210 272	45 910	1 256 182	26 919	49 527	882	25,36
Februar	1 145 855	43 772	1 189 627	23 878	49 586	898	24, —
März	1 101 540	48 473	1 150 213	26 901	48 673	881	24,08
April	1 091 550	41 239	1 132 789	26 028	49 177	884	23,03
Mai	1 074 083	39 882	1 113 965	23 069	48 335	878	23,05
Juni	1 023 945	34 209	1 058 154	23 671	46 203	868	22,90
Zus.	6 647 245	253 085	6 900 330	144 566	48 454	881	142,42

Verteilung der Förderung.

Zechenverbrauch: 547 828 To., Deputatkohlen: 157 336 To., Lieferung Kokerie: 210 730 To., Vermehrung der Haldenbestände: 210 224 To., Kohlenverkauf: 5 774 812 To., Gesamt-abfuhr: 6 690 706 To.

Haldbestände in Tonnen.

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Kohlen	84 139	176 180	217 596	273 562	272 795	268 204
Koks	4 216	5 185	8 384	10 086	3 076	1 746
insgef.	88 355	181 365	225 980	283 648	275 871	269 950

Veränderung der Belegschaften.

1930	Unter Tage	Ueber Tage	Nebenbetriebe	Arbeiter insgesamt	Angestellte und Beamte	Personal insgesamt
Januar	45 161	12 777	2 871	60 809	3 333	64 142
Februar	45 134	12 640	2 994	60 768	3 380	64 148
März	44 726	12 732	2 871	60 329	3 378	63 707
April	44 262	12 649	2 904	59 815	3 376	63 191
Mai	43 334	12 562	2 879	58 775	3 375	62 150
Juni	42 909	12 526	2 880	58 315	3 375	61 690

Bruttolöhne der Arbeiter.

(Nach den amtlichen Ermittlungen des Oberbergamtes.)

1930	Saarlohn		Löhne aller Arbeiter unter und über Tage	
	mit Zulage Fr.	ohne Zulage M.	ohne Zulage Fr.	mit Zulage M.
1. Quartal	45,76 = 7,51	49,34 = 8,08	40,95 = 6,71	44,75 = 7,18
2. „	44,86 = 7,35	48,36 = 7,92	40,86 = 6,69	43,70 = 7,16

Unfälle.

1930	Zusammen	Auf 1000 Mann Belegschaft	Tödtlich	Auf 1000 Mann Belegschaft	Mehr als 4 Wochen erwerbsunfähig	Auf 1000 Mann Belegschaft
1. Quartal	2 424	39,75	10	0,16	542	8,88
2. „	2 118	34,73	8	0,131	445	7,29
Zusammen 1. Halbjahr	4 542		18		987	

Ein Erfolg des Verbandes in der Krankenversicherung.

Die Beschwerde des Verbandes gegen die Dienstverweisung der Grubenverwaltung sowie die Verfügungen der Saarnappschafft, welche Verschlechterungen für den Bezug der Krankengeld- und Kinderzuschüsse an Sonn- und Feiertagen sowie die Bezahlung von 10 Prozent Arzneikosten vorsah, wurde am 5. September behandelt. Knappschafft- und Grubenverwaltung

mußten sich überzeugen, daß die Dienstverweisungen nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Der Beschluß des Saarnappschaffes lautete, daß die Verfügungen zurückzuziehen sind, da darüber zuerst die zuständigen Instanzen zu entscheiden haben.

Auf Grund dieses Beschlusses bleiben bis zu der Entscheidung der Knappschaffsgeneralversammlung am 25. Oktober in der Krankenversicherung der Saarnappschaffskrankenkasse die bisherigen Beiträge und Leistungen bestehen.

Die Verbandsältesten werden auch in der Generalversammlung alles versuchen, die Bergarbeiter vor den Verschlechterungen, soweit die saarngemäßen Beschlüsse dies ermöglichen, zu schützen.

Der Erfolg des Verbandes kommt den Kranken zugute. Was tut die „rote Gewerkschaftsopposition“? Sie verleumdet den Verband!

Der Beitrag von 6 Fr. für die Saarnappschaffspensionäre.

Unter den Saarnappschaffspensionären werden einmal wieder die unsinnigsten Gerüchte verbreitet. Dabei ist es die Aufgabe aller rechts- und linksgerichteten Feinde, der Kommunisten wie der Hitlerianer, gegen die Gewerkschaften zu hegen. Was ist nun geschehen, was die Gewerkschaftsgegner zur Hege gegen die Gewerkschaften veranlaßt?

Die Knappschaffspensionäre sollen durch Beschluß des Knappschaffsvorstandes pro Monat 6 Fr. Beitrag zu der knappschafflichen Familienhilfe ihrer Angehörigen zahlen.

Den Organisationen ist es gelungen, eine Pensionserhöhung im Durchschnitt von 7,50 Fr. pro Monat ab 1. April zu erreichen, so daß eine Belastung durch den Ausbau der Familienunterstützung nicht in Frage kommt. Die Pensionäre erhalten: 1. für ihre Angehörigen Zuschüsse zur Krankenhausbehandlung für 26 Wochen statt bisher für 12 Wochen; 2. auch die als Anerkennungsgeldempfänger pensionierten Bergarbeiter haben für ihre Angehörigen Anspruch auf Krankenfürsorge.

Daß die Neuregelung im Interesse der Pensionäre liegt, geht daraus hervor, daß die Beiträge der Pensionäre jährlich 1,5 Mill. Fr. betragen, dagegen die Ausgaben der Krankenfürsorge auf 2,1 Mill. Fr. geschätzt werden.

Die Pensionserhöhung von durchschnittlich 7,50 Fr. wird noch ab 1. April verrechnet. Es wäre allerdings richtiger gewesen, wenn man den Beitrag von 6 Fr. nicht abgezogen, sondern ebenfalls verrechnet hätte. Es besteht für Knappschaffspensionäre kein Grund, sich gegen eine Mehrleistung der Knappschafft von 600 000 Fr. zu wenden. Auch die unsauberen Geschäfte der Kozzi-Nazi müssen die Pensionäre zurückweisen.

Der christliche „Saar-Bergknäppchen“ auf dem Dummengang.

Der christliche „Saar-Bergknäppchen“, das Organ des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter im Saargebiet, glaubt einen Agitationsknochen gegen den sogenannten alten Verband gefunden zu haben. Unter der Ueberschrift: „Die freien Gewerkschaften als Wählhelfer der Sozialdemokratie“, appelliert das Zentrumsblättchen an die christlichen Arbeiter, doch in die christlichen Gewerkschaften einzutreten. Das „Saar-Bergknäppchen“ sieht in der Parole der freien Gewerkschaften und des Bergbauindustriearbeiterverbandes, bei der am 14. September stattfindenden Reichstagswahl für die Sozialdemokratie zu stimmen, „einmal wieder, daß Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften eins sind“. Eine furchtbare Entdeckung! Eifrigt schauert der Rücken des Redakteurs bei dieser Feststellung. Dazu schreibt das Knäppchen: „Ist doch der politische Charakter der freien Gewerkschaften jedem, der sehen und hören will, klar und offenbar.“

Die heilige Schrift schreibt schon, daß die Pharisäer wohl den Splitter in ihres Bruders Auge sehen, nicht aber den Balken in dem eigenen.

Das Organ der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ sowie der „Bergknäppchen“ predigen unermüdlich, doch ja nicht sozialdemokratisch zu wählen.

Auch der Vorstand der christlichen Gewerkschaften hat an seine Mitglieder in seiner Wahlrede nur gegen die Sozialdemokratie gewettert. Wenn Worte einen Sinn haben, heißt es da: „Christliche Gewerkschafter, wählt Zentrum bis zu den Nazis, nur keine Sozialdemokraten!“ Mit den Worten des Redakteurs des „Saar-Bergknäppchens“ zu reden, sind die christlichen Gewerkschaften mit dem Zentrum bis zu den Nazis eins. Daß diese Schlussfolgerung die Wahrheit trifft, geht schon daraus hervor, daß christliche Gewerkschaftsangestellte in allen bürgerlichen Parteien zu finden sind.

Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist! heißt bekanntlich ein Sprichwort. Die christlichen Gewerkschaften können leider ihre Wahlparole nicht auf das Zentrum beschränken, weil ihre „demokratischen“ Genossen in der schwerindustriellen Deutschen Volkspartei und die Behrens u. Co. bei den Deutschnationalen auch einen Wahlerfolg haben müssen. Nur gegen die Sozialdemokratie sind sich alle von Stegerwald bis Behrens einig.

Liebes „Bergknäppchen“! Warum haben die freien Gewerkschaften zur Wahl der Sozialdemokratie aufgefördert? Weil der Bürgerblod vom Zentrum bis zu den Konservativen die gewerkschaftlichen Ertrugenschaften in der Lohn- und Sozialpolitik durch gesetzliche Verordnungen und Schiedsprüde angegriffen hat. Weil die politischen Bundesgenossen der christlichen Gewerkschaften, die bürgerlichen Parteien, die Staatslasten zum größten Teil auf die Arbeiterklasse abzuwälzen im Begriff sind. Den Arbeitslosen und Kranken, also den Ärmsten der Armen, wird das Wenige geraubt, die Schwerverdiener werden geschont.

Die freien Gewerkschaften benötigen zur gesetzlichen Verankerung ihrer Erfolge einen parlamentarischen, politischen Schutz. Wir sehen ihn allein in der Sozialdemokratie. Sie steht allein rückhaltlos zur Politik der freien Gewerkschaften gegen die zentralistisch-volksparteilich-konservative Interessen- und Geldschaffspolitik.

Die Angst vor dem Sozialismus ist auch in den Reihen der christlichen Arbeiter allmählich gewichen. Wenn der Zentrumsminister jahrelang mit dem Kollegen Sozialdemokrat zusammenarbeitet, wenn evangelische und katholische Geistliche Sozialdemokraten werden, ja, warum soll dann die christlichen Bergarbeiter in Hasborn oder Wiesbad allein der Teufel sein?

Also nur keine Aufregung. Die Arbeiterschaft hat heute ziemlich begriffen, um was gespielt wird. Sie Geldschaff — die Arbeiter! So ist die Scheidung. Und wer sich an die Seite der Arbeiter stellt, der behält auch deren Vertrauen.

